

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Birgit Meyer

Die „unpolitische“ Frau

Politische Partizipation von Frauen oder:

Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik?

Helga Kutz-Bauer

Was heißt frauenspezifisches Lernen und Handeln?

Politische Bildung als Männerdiskurs und Männerdomäne

Bernd Lüdke-meier/Michael Siegel

Zur Situation der politischen Bildung

in den neuen Bundesländern

B 25–26/92

12. Juni 1992

Birgit Meyer, Dr. phil., M.A., geb. 1949; Mitglied (und ehemalige Sektionsrätin) in der Sektion Frau-  
enforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie; Professorin für Politikwissenschaft/Sozialpäd-  
agogik an der Fachhochschule für Sozialwesen, Esslingen. Zur Zeit Leitung eines Forschungsprojektes  
über „Frauen in politischen Führungspositionen aus Baden-Württemberg“.

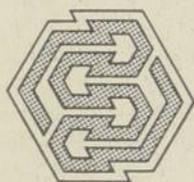
Veröffentlichungen u. a.: (Mithrsg. und Mitautorin) Frauenhandlexikon. Stichworte zur Selbstbestim-  
mung, München 1983; Frauen an die Macht!/? Politische Strategien zur Durchsetzung der Gleichberechti-  
gung von Mann und Frau, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9-10/87; Frauenpolitiken und Frauenleit-  
bilder der Parteien in der Bundesrepublik, in: ebd., B 34-35/90; „Sie ist der einzige Mann in der Frak-  
tion!“ Versuch einer Würdigung der ersten Parlamentarierinnen in der Bundesrepublik Deutschland, in:  
Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Peter Scharz (Hrsg.), Deutschland zwischen Krieg und Frie-  
den. Beiträge zur Politik und Kultur im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1991.

Helga Kutz-Bauer, Dr. phil., Dipl. Soz., geb. 1939; Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung,  
Hamburg.

Veröffentlichungen: Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und bürgerlicher Staat zur Zeit der Großen  
Depression, Bonn 1989; Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung und politischen Publizistik.

Bernd Lüdckemeier, geb. 1954; Studium der Evang. Theologie in Bonn; Direktor der Landeszentrale  
für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt.

Michael Siegel, geb. 1950 in Dresden; Studium der Philosophie und Kathol. Theologie in Erfurt; Wech-  
sel in die Wirtschaft und Ausbildung zum Volkswirt (Ökonom); Armeedienst als Bausoldat; 1989 aktiv in  
der Bewegung Demokratischer Aufbruch und dort ab 1990 hauptberuflich tätig; seit Mai 1991 Leiter der  
Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300  
Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich  
Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62-65, 5500 Trier,  
Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis  
von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer;  
Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten,  
Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung  
des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Die „unpolitische“ Frau Politische Partizipation von Frauen oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik?

## I. Frauen und Politik

Das 20. Jahrhundert wird gern das „Jahrhundert der Frauen“ genannt. Und tatsächlich können wir – zumindest in den westlichen Industrienationen – eine weitgehend rechtlich fixierte und politisch gestützte Anerkennung der Frauen als gleichwertige Staatsbürgerinnen als einen historischen Fortschritt gegenüber früher verzeichnen.

Auch die politische Präsenz von Frauen in der Öffentlichkeit ist bei uns mittlerweile unübersehbar geworden – sei es durch ihre zunehmende Erwerbstätigkeit, ihre hohe Wahlbeteiligung oder durch die öffentlich geführten Debatten um Forderungen der Frauenbewegung. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ist heute der Anteil der Parlamentarierinnen im 12. Deutschen Bundestag auf über 20 Prozent geklettert, und zu keinem Zeitpunkt standen Frauen so im Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit.

Daher fällt die Diskrepanz zwischen der zunehmenden politischen Bedeutung von Frauen und deren minimaler wissenschaftlicher Reflexion besonders ins Auge. Die bundesdeutsche Politikwissenschaft z. B. pflegt immer noch eine vornehme Zurückhaltung gegenüber Frauenthemen und geschlechtsbezogenen Fragestellungen<sup>1</sup>. Dabei existieren bereits bei oberflächlichem Hinsehen auffällige Unterschiede im politischen Verhalten zwischen Männern und Frauen sowohl in der poli-

<sup>1</sup> Es existiert z. B. keine einzige systematisch vergleichende Untersuchung zur Frauenpolitik der Parteien in der Bundesrepublik. Eine gewisse Scheu zeigt sich auch bei den berufspolitischen Vereinigungen und Kongressen der westdeutschen Politikwissenschaft, bei denen Frauen allenfalls Nebenrollen spielen. In der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) gab es bislang nur eine weibliche Vorsitzende. Erst 1991 gründete sich auf der Jahrestagung eine Ad-hoc-Gruppe der Politologinnen „Politik und Geschlecht“. In der Deutschen Gesellschaft für Soziologie existiert bereits seit 1978 die Sektion Frauenforschung, in der sich auch viele Politologinnen engagiert haben. Ein Blick in die Politische Vierteljahresschrift ergibt, daß frauenpolitische Themen so gut wie nicht vorkommen. In den Jahren 1987–1991 haben hier insgesamt 147 Autoren – darunter nur neun Frauen – Beiträge veröffentlicht.

tischen Partizipation als auch bei der Thematisierung dessen, was als „politisch“ anzusehen ist – Unterschiede, die eine Fülle von Fragen aufwerfen: Sind Frauen weniger an Politik interessiert als Männer? Haben Frauen einen anderen Bezug zur Politik? Werfen sie andere Themen auf? Was verstehen Frauen, was verstehen Männer unter Politik? Welche Assoziationen haben sie, wenn sie nach ihrem politischen Interesse, nach ihrem politischen Engagement, ihrem Wahlverhalten befragt werden? Und was halten wir von einer 16jährigen, die sagt, sie kümmere sich nicht um Politik, die aber gleichzeitig Unterschriften für Greenpeace sammelt?

Auch die Frauenforschung tut sich schwer, diese Fragen zu beantworten. Erst in jüngerer Zeit finden sich vereinzelt Studien zur politischen Partizipation von Frauen<sup>2</sup>. Diese richten ihr Augenmerk nunmehr speziell auf die Mitwirkung und Teilnahme von Frauen an den herkömmlichen politischen Institutionen und Spielregeln und leisten damit Überfälliges. Darüber hinaus fällt in der Bundesrepublik eine wachsende politische Beteiligung von Frauen auch außerhalb von etablierten politi-

<sup>2</sup> Vgl. Anne Ballhausen/Uta Brandes/Marva Karrer/Robert Schreiber, Zwischen traditionellem Engagement und neuem Selbstvertrauen – weibliche Präsenz in der Öffentlichkeit. Eine empirische Untersuchung zur politischen und sozialen Partizipation von Frauen, Bielefeld 1986; Beate Hoecker, Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie, Opladen 1987; Bärbel Schöler-Macher, Fremd(körper) in der Politik. Die Normalität des politischen Alltags in Parteien und Parlamenten aus der Sicht von Frauen, in: Frauenforschung, (1991) 1+2; Frauke Rubart, Partizipation von Frauen in neuen sozialen Bewegungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/88; Hilke Rebenstorf, Frauen im Bundestag – anders als die Männer? in: Der Bürger im Staat, (1990) 1; Hiltrud Naßmacher, Frauen und lokale Politik, in: Bernhard Blanke (Hrsg.), Staat und Stadt. Systematische, vergleichende und problemorientierte Analysen „dezentraler“ Politik, Opladen 1991.

Demgegenüber hat das Thema „Frauen und Politik“ in den USA bereits seit über 15 Jahren größere wissenschaftliche Aufmerksamkeit gewonnen. Vgl. die in der Auswahlbibliographie im Anhang aufgeführten Arbeiten von Jaquette 1974, Welch 1977, Welch/Secret 1981, Randall 1982, Flammang 1984, das Special Issue „Woman and Politics“, in: The Western Political Quarterly, March 1981, oder die umfangreiche Bibliographie von Nelson (Ed.), American Women and Politics, 1984.

schen Institutionen und Parteien ins Auge: In außerparlamentarischen Zusammenschlüssen der autonomen Frauenbewegung, aber auch in anderen neuen sozialen Bewegungen wie Friedens-, Ökologie- oder Bürgerinitiativbewegung, sind oder waren Frauen überproportional vertreten, und Beobachterinnen konstatieren, sie brächten ein „anderes“ Verständnis von Politik und Macht in die öffentliche Diskussion<sup>3</sup>.

Was denn dieses „andere“ ausmachen könnte, darüber gibt es mittlerweile die heftigsten Auseinandersetzungen, die weit über feministische Selbsterfahrungsgruppen hinausgehen. Eine Welle von Seminaren zum Thema „Frauen und Politik“ oder zu einem „weiblichen Machtverständnis“ flutete in den vergangenen fünf Jahren in Universitäts- und Volkshochschulhörsäle, in Arbeitskreise von Gewerkschaften und Verbänden. Und es gibt keine Partei, die nicht mindestens eine Jahrestagung zur „Frauenpolitik“ unter Aufbietung allerhöchster Mandatsträger abgehalten hätte. Selbst die katholische Kirche erlaubte ihren Frauenverbänden, die Frage nach der Macht zu stellen<sup>4</sup>, und in Evangelischen Akademien entdeckten Mitarbeiterinnen „die unentdeckte Kraft von Mädchen und Frauen“<sup>5</sup>.

Dennoch existiert in den Köpfen namhafter und einflußreicher Wissenschaftler nach wie vor das alte Bild von der „unpolitischen“ Frau und der „schlechteren Demokratin“. Speziell die Politikwissenschaft und die politische Soziologie arbeiten überwiegend noch mit diesem Stereotyp. Erst allmählich zeichnen sich Korrekturen ab.

„Das Private ist politisch“ skandierte die Frauenbewegung vor 20 Jahren und meinte damit die überfällige öffentliche Thematisierung von Abhängigkeitsverhältnissen im privaten Bereich, deren Folgen zu Lasten von Frauen und Kindern gingen. Themen wie Hausarbeit, Gewalt in der Partnerschaft, Sexualität, Körperlichkeit wurden von Frauenbewegung und Frauenforschung in die Diskussion geworfen. Es ging um die Anerkennung der Geschlechterdifferenz und der traditionell der Privatsphäre zugeordneten und gern übersehenen

3 Vgl. Rita Süßmuth, *Frauen – der Resignation keine Chance!* Sammlung wissenschaftlicher und politischer Texte 1980–1985, Düsseldorf 1985; Barbara Sichtermann, *Der Feminismus der CDU*, in: Helmut Dubiel (Hrsg.), *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt 1987; Carol Hagemann-White, *Können Frauen die Politik verändern?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B9–10/87; Birgit Meyer, *Frauen an die Macht!? Politische Strategien zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau*, in: ebenda.

4 So z. B. im März 1991 auf einer Tagung der hauptamtlichen Referentinnen der katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands.

5 So der Titel einer Grundsatztagung der Evangelischen Akademie Bad Boll im Februar 1991.

„Reproduktionsleistungen“ von Frauen. Feministinnen skandalisierten damit die Unterdrückungs- und Gewaltverhältnisse in der Familie als politische sowie die Grenzziehung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit.

Der Schwerpunkt zahlreicher Dokumentationen, Autobiographien und oral-history-Studien von Frauenforscherinnen lag auf dem Nachweis, daß nicht nur die tägliche Politik, sondern auch der traditionelle Politikbegriff die Arbeit und das Leben von Frauen nur unzureichend erfaßt. Herkömmlich werde unter Politik bloß das verstanden, was in der Öffentlichkeit seinen ihm zugewiesenen Platz habe. Ein solches Verständnis setze – so die Kritik – die Trennung und die unterschiedliche Bewertung der Bereiche Öffentlichkeit und Privatheit weiter fort.

Frauenforscherinnen reklamierten demgegenüber ein umfassenderes Politikverständnis, in dem die angeblich nur private Reproduktionsarbeit nicht von der Politik abgekoppelt wird, sondern das – im Gegenteil – auf die Bedeutung der Interdependenz von Reproduktion und gesamtgesellschaftlicher Produktion hinweist.

Mich interessiert im folgenden, inwiefern die Politikwissenschaft die genannten Themen aufgenommen hat und ob sie dabei zu neuen Konzeptionalisierungen gekommen ist. Als erste befrage ich die Partizipationsforschung, ob und wie sie die politische Partizipation von Frauen und ihr politisches Interesse berücksichtigt. Anschließend stelle ich das Politikverständnis der Neuen Frauenbewegung vor und skizziere die Hauptlinien der Diskussion in der sozialwissenschaftlichen Frauenforschung, die an die Thesen der amerikanischen Psychologin Carol Gilligan anknüpft im Hinblick auf eine andere Moralauffassung von Frauen.

---

## II. Partizipationsforschung

---

Frauen in der Politik, ihr politisches Engagement, ihre Motivation zu politischer Arbeit, ihre Bedeutung und ihr Einfluß innerhalb von politischen Institutionen wie Parteien, Parlament oder Regierung, ihre geringe numerische Repräsentanz, die möglichen Ursachen und Bedingungen für ihre politische Randstellung sowie die Auswirkungen auf das gesamte politische System gehören immer noch zu den Fragestellungen, die selten systematisch theoretisch oder empirisch untersucht werden.

Zunächst ist auffällig, daß es zu der Thematik „Frauen und Politik“ im bundesdeutschen Kontext

überhaupt nur wenige relevante Studien gibt. Daher werden die frühen Arbeiten aus den fünfziger und sechziger Jahren von Gabriele Bremme (1956), Mechthild Fülles (1969), Margarethe Heinz (1971) oder Hannelore Mabry (1971) auch in neueren Arbeiten (z.B. Hoecker 1987) immer wieder herangezogen (s. Auswahlbibliographie im Anhang), obgleich sie sowohl vom theoretischen Ansatz, von den Erhebungsmethoden als auch natürlich von den Daten her veraltet sind. Bemerkenswert für die Bundesrepublik ist ebenso, daß die Arbeiten, die sich überhaupt des Themas annehmen, dies unter der Fragestellung tun, welche *Probleme* als Ursachen für die niedrige Repräsentanz von Frauen in politischen Gremien anzuführen seien. Dieser Ansatz wird allgemein mit dem Nachweis verbunden, welche Defizite im politischen Engagement Frauen aufweisen<sup>6</sup>.

Von der älteren Partizipationsforschung, die vor allem durch US-amerikanische Studien aus der politischen Soziologie beeinflusst worden ist (Almond/Verba 1963, Verba/Nie 1972), wurde politische Beteiligung an Kriterien gemessen wie:

- politisches Interesse, politische Informiertheit;
- Häufigkeit der Teilnahme an politischen Diskussionen;
- Teilnahme an politischen Versammlungen;
- Wahlbeteiligung;
- Bereitschaft, einer Partei beizutreten;
- Mitgliedschaft in einer politischen Partei u. ä.,

bei denen stets *bei Frauen ein Defizit* festgestellt wurde (Verba/Nie/Kim 1978, Heinz 1971, Bernardoni/Werner 1983). Undiskutiert blieb die Frage, ob für Frauen die herkömmliche Politik und ihr Bild in der Öffentlichkeit dazu beigetragen haben, daß sie sich weniger beteiligen.

Heute wird – im Zuge der neuen sozialen Bewegungen – politische Partizipation als Beteiligung in einem weiteren Sinne über den „Versuch der Einflußnahme auf einen politischen Willensbildungs-

6 Politik und Parlament gehörten selbst in modernen Demokratien zu den für Frauen verschlossenen Betätigungsfeldern. Noch bis 1908 verbot in Deutschland das sog. Vereinsgesetz Frauen jegliche politische Aktivität. Erst 1918 wurde das aktive und passive Frauenwahlrecht eingeführt. Zwischen 1933 und 1945 wurde dann die gerade begonnene politische Emanzipation radikal zurückgedrängt, so daß Parlament und Politik wieder zu männlichen Reservaten wurden. Insofern schien es rational, daß Frauen in diesen Feldern zunächst einmal als historische Neulinge und marginale Gruppe angesehen und kaum speziell untersucht wurden. Man kann aber auch heute noch – und hier liegt das Problem – den Eindruck gewinnen, daß politisches Verhalten von Frauen durchweg an einer „männlichen Norm“ – am Ideal eines männlichen politisch aktiven Bürgers – gemessen und entsprechend für defizitär befunden wird. Insofern wird die historische Exklusion von Frauen vervielfacht und verlängert.

und Entscheidungsprozeß“ hinaus (Buse u.a. 1978) als umfassendes Engagement der BürgerInnen an sozialen Prozessen – wie Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse sowie gesellschaftliche und politische Aktivitäten in nicht-staatlichen Organisationen – verstanden. Diese Ausweitung des Partizipationsverständnisses zielt u. a. darauf ab, die politische Mitwirkung der Bürger als *den* normativen Schlüsselbegriff und *den* entscheidenden Maßstab für westliche Demokratien herauszuarbeiten. Politische Beteiligung wird nunmehr normativ bestimmt (und erhöht) sowie an Werte wie Selbstbestimmung und politische Mündigkeit geknüpft.

Zunächst wurde am herkömmlichen Partizipationsbegriff die Nichtberücksichtigung z.B. der Interessen von sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen kritisiert, sowohl was ihre Artikulationsfähigkeit anbelangt als auch die ihrer Organisations- und Konfliktfähigkeit. Daneben machte die frühe Pluralismuskritik die strukturelle Unterschiedlichkeit in der Berücksichtigung von gesellschaftlichen Interessen geltend (Marcuse 1964, Agnoli/Brückner 1968). Heute fällt bei beiden Ansätzen die Vernachlässigung der Thematisierung des Geschlechts als sozialer Kategorie für die Artikulation, Organisation und Konfliktfähigkeit von Interessen auf. Für die Bundesrepublik gilt noch heute, was Githens/Prestage vor 15 Jahren für die USA festgestellt hatten: „Until about a decade ago, the political behaviour of women was largely an unexplored area in literature of political science... Indeed most studies either ignored women's political participation or mentioned it only in passing.“<sup>7</sup>

Im folgenden habe ich aus verschiedensten Studien – auch neueren, der Frauenforschung zuzuordnenden – Erklärungen zur Spezifik weiblicher politischer Partizipation gesammelt. Ich stelle hier die Defizit-Beschreibungen von Frauen selbst in den Mittelpunkt, die dort benannt werden. Diese greife ich heraus, weil mich interessiert, ob hinter diesen „Defiziten“ andere Inhalte und Forderungen an die Politik verborgen sind<sup>8</sup>.

Für die unterschiedliche politische Partizipation von Männern und Frauen werden exemplarisch folgende Erklärungen angeführt:

7 Marianne Githens/Jewell Prestage (Eds.), A portrait of marginality. The political behaviour of the american woman, New York 1977, S. 3.

8 Insofern beziehe ich mich *nicht* auf Studien, die das gesamte politische System und seine historische Genese patriarchatskritisch in den Blick nehmen. Vgl. dazu Barbara Schaeffer-Hegel (Hrsg.), Vater Staat und seine Frauen, Pfaffenweiler 1990; Eva Kreisky, Der Staat als „Männerbund“?, unveröff. Ms., Berlin 1991.

- Frauen seien zu spät in den Bereich der Politik eingedrungen, die Strukturen seien bereits zu verfestigt gewesen (Bremme 1956);
- Frauen kämen zu spät nach Abschluß der Familienphase und nur über eine qualifizierte Berufstätigkeit in die Politik (Bremme 1956);
- Frauen lebten eher isoliert und hätten als Ehefrauen und Mütter keine Zeit, keine finanziellen Mittel und organisatorische Unterstützung, um in die Politik zu gehen (Almond/Verba 1965);
- Frauen marginalisierten sich weiterhin selbst durch spezielle Frauengruppierungen in den Parteien (Fülles 1969);
- Frauen besäßen kaum Lobbyistinnen im Vorfeld der Macht (Fülles 1969);
- Frauen seien durch das traditionelle Leitbild für Mädchen auf die unpolitische Hausfrau- und Mutter-Rolle sozialisiert (Mabry 1971);
- Frauen hätten eine gleichgültige Einstellung gegenüber der demokratischen Ordnung (Heinz 1971);
- Frauen hindere ihr niedriges Bildungs- und Ausbildungsniveau, ihre berufliche Einseitigkeit aber auch die eigene Haltung der Passivität, Bequemlichkeit und Lethargie (Gast 1973);
- Frauen hätten zu wenig Selbstbewußtsein und kaum Durchsetzungskompetenzen (Hagemann-White 1985);
- Frauen seien nicht verankert in politisch relevanten Vorfeldorganisationen (Hoecker 1987);
- Frauen seien „fremd“ in der Politik und reflektierten und zementierten diese Fremdheit ungebrochen (Schöler-Macher 1991).

Eine gewisse Ähnlichkeit der Erklärungsmuster fällt ins Auge: Sie alle sprechen hauptsächlich die Negativ-Anteile der Frauen selbst an. Diese auffällige Eindimensionalität der Erklärungen lassen Forschungsbemühungen als notwendig erscheinen, die die potentielle Eigenwertigkeit und positive Besonderheit des politischen Engagements von Frauen berücksichtigen. Das Verhalten von Frauen in der Politik sollte nicht vor der Folie männlicher Präsenz und Aktivität relativiert werden, sondern ohne die Einengung einer es vorweg negativ bestimmenden Norm aus sich selbst heraus qualitativ und quantitativ bestimmt werden.

Diese Forderung richtet sich besonders an die Wahlforschung. An ihr möchte ich exemplarisch verdeutlichen, welche Normierungen von Weiblichkeit in Theorie und Methodologie der Politikwissenschaft noch immer vorhanden sind. In der Wahlforschung scheinen unveränderte Stereotype in den Erklärungen weiblichen Wahlverhaltens auf. Diese Behauptung möchte ich im folgenden anhand des Stichwortes „politisches Interesse“ belegen.

### *Das Interesse von Frauen an Politik*

Da der Politikwissenschaftler Klaus v. Beyme Recht hat mit seiner Feststellung: „bei der Untersuchung des Wahlverhaltens der Frauen haben Männer noch immer eine unangefochtene hegemoniale Stellung“<sup>9</sup>, möchte ich deren immanente Weiblichkeitsvorstellungen und Kategorien in den Blick nehmen. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit Rechtsorientierungen oder Wahlenthaltungen von Mädchen und Frauen wird von der klassischen Umfrageforschung das sogenannte „weibliche Defizit an politischem Interesse“ in letzter Zeit wieder häufig angeführt. Forscher machen für die auffällig geringere Wahlunterstützung der Parteien der Neuen Rechten durch Frauen deren angeblich „stark unterschiedliches Interesse an Politik“ verantwortlich<sup>10</sup>.

Hier wird durchweg recht unkritisch ein wenig präziser und unanalytisch eingeführter, meist auf Umfragebögen kursierender Begriff von politischem Interesse bzw. Desinteresse übernommen<sup>11</sup>. So nennt z. B. der Gewaltforscher Kurt Möller bei seiner Suche nach den Ursachen für die relativ geringe „geschlechtsspezifische Anfälligkeit für Rechtsextremismus“ bei Mädchen und Frauen ihre „hohe Wahlabstinz und ihr verbreitetes politisches Desinteresse“, ohne dieses kategorial aufzuschlüsseln oder in der jeweiligen Logik zu hinterfragen<sup>12</sup>. Apokalyptische Visionen von „Beutezügen“ rechter Gruppen im Nichtwählerinnenbereich runden dann die vorschnellen Interpretationen weiblichen Wahlverhaltens ab.

In der Wahlforschung wird darüber hinaus den Frauen aus dem eigentlich erfreulichen Tatbestand ihrer größeren Distanz zu undemokratischen Parteien der Neuen Rechten ein interpretatorischer

9 Klaus von Beyme, *Feministische Theorie der Politik zwischen Moderne und Postmoderne*, in: *Leviathan*, (1991) 2, S. 24.

10 „Höheres Interesse an Politik bei Männern bedeutet, ... daß Männer qua höherem Interesse neue politische Bewegungen früher wahrnehmen als Frauen und deshalb auch neuen politischen Parteien gegenüber aufgeschlossener sind als Frauen.“ Dieter Roth, *Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 37-38/90, S. 32.

11 Nach Untersuchungen des Instituts für Demoskopie Allensbach gaben 1977 auf die schlichte Frage: „Interessieren Sie sich für Politik?“ noch 66 % der befragten Frauen an: „nicht besonders“ bzw. „gar nicht“, bei Männern lag die Vergleichszahl bei 34 %. Die im Februar 1992 vorgelegte erste vergleichende Repräsentativumfrage in Ost und West ergab folgendes: Im Westen bekundeten 66 % der Männer und 44 % der Frauen „Interesse an Politik“, im Osten 56 % der Männer und 45 % der Frauen. Bundesministerium für Frauen und Jugend (Hrsg.), *Materialien zur Frauenpolitik*, 16/1992, S. 100.

12 Kurt Möller, *Geschlechtsspezifische Aspekte der Anfälligkeit für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Frauenforschung*, (1991) 3.

Strick gedreht: Frauen interessierten sich eben zu wenig für Politik. Im Umkehrschluß hieße dies, daß sie – wäre ihr politisches Interesse größer – auch verstärkt rechts wählen würden. Ein wenig überzeugender Gedanke!

Auch die Allensbach-Untersuchung zu den „Motiven junger Nichtwählerinnen“ bei der Bundestagswahl 1987 bezieht sich vor allem auf das mangelhafte politische Interesse als *den* entscheidenden Indikator, um das „Defizit an politischer Partizipation“ (hier i. S. von Wahlbeteiligung gemeint) bei jungen Frauen zu erklären<sup>13</sup>. Bei der auffälligen Skepsis von Frauen gegenüber dem, was landläufig mit Politik assoziiert und bei den Umfragen als politisches Interesse (miß)verstanden wird, müßte es eigentlich überraschen, daß es in den Altersgruppen 25 bis 60 Jahre eine fast identische Wahlbeteiligung von Männern und Frauen gibt<sup>14</sup>. Also kann das politische Interesse nicht der ausschlaggebende Faktor für die Wahlbeteiligung sein.

Die Shell-Studie von 1985 erwähnt ebenso wie die jüngst veröffentlichte erste gesamtdeutsche Umfrage zum Thema „Die Deutschen und die Gleichberechtigung“, daß „das Interesse an Politik die bekannte Abhängigkeit vom Geschlecht der Befragten“ zeige<sup>15</sup>. Leider werden aber auf die eigentlich interessante Frage nach den Gründen dieser Abhängigkeit die Daten noch nicht einmal geschlechtsspezifisch erhoben. So erstaunt es denn auch wenig, daß es in der Repräsentativumfrage aus dem Ministerium für Frauen und Jugend heißt, neben den Frauen besäßen „die Anhänger der GRÜNEN im Westen am wenigsten Interesse an Politik, während umgekehrt CDU/CSU- und FDP-Anhänger sich am häufigsten für Politik interessierten“<sup>16</sup>. Hier stellt sich doch die Frage, ob es sich nicht um ein Interesse ausschließlich an den *herkömmlichen* Formen und Institutionen der Politik handeln könnte.

Mußten früher die „weibliche Emotionalität“ und die „weibliche Natur“ des Bewahrens als anthro-

13 Dort heißt es: „Das unterschiedliche politische Interesse bildet eine ausschlaggebende Motivation bei der Entscheidung, sich an der Wahl zu beteiligen. Männer und Frauen, die sich in ihrem Interesse für Politik nicht unterscheiden, unterscheiden sich praktisch auch nicht in der Wahlbeteiligung.“ Dokumentation des BMJFFG, Motive junger Nichtwählerinnen, Bonn 1989, S. 15.

14 Im übrigen ist es interessant, daß bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 in den östlichen Bundesländern in allen Altersgruppen ab 25 Jahren Frauen sogar öfter zur Wahl gingen als Männer; vgl.: Bundestagswahl 1990. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim 1990, S. 34.

15 Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Jugendliche und Erwachsene '85. Generationen im Vergleich, Opladen 1985, S. 123.

16 Materialien zur Frauenpolitik (Anm. 11), S. 101.

pologische Konstanten das Wahlverhalten belegen, so wird dies heute vom angeblich fehlenden politischen Interesse als Erklärungsmuster weiblicher politischer Partizipation abgelöst. Es wird bei Frauen ein Weniger festgestellt, anstatt zu erwägen, ob und warum Frauen möglicherweise ein Interesse an anderen politischen Institutionen, anderen Stilen und Inhalten besitzen<sup>17</sup>.

### *Der traditionelle Politikbegriff*

Mir ist wichtig, an dieser Stelle der Frage nachzugehen, inwiefern das geäußerte politische Interesse oder Desinteresse von Frauen mit einem bestimmten Verständnis von Politik zu tun haben mag. Ich vermute, daß allen Fragen nach dem politischen Interesse ein traditioneller, enger Politikbegriff zugrunde liegt, der sich primär an institutionalisierter Partei- oder Regierungspolitik – mit ihren getrennten Zuständigkeiten nach Ressorts – orientiert oder an dem, was die Redaktionen unserer Medien darunter verstehen.

Die größere Distanz zu den alltäglichen politischen Ritualen von zunehmenden Teilen der Bevölkerung darf nicht mit politischer Apathie verwechselt werden<sup>18</sup>. Die wachsende Zahl der NichtwählerInnen verstehen ihre Wahlenthaltung durchaus als bewußten Akt, für den sie eine Fülle unterschiedlicher Gründe besitzen. In der neuesten Tübinger Untersuchung zur Wahlenthaltung wird denn auch „die selbstbewußte Abkehr von Frauen von einer männlich dominierten politischen Arena“ genannt<sup>19</sup>.

Dem angeblich politischen Desinteresse widerspricht auch, daß Frauen in außerparlamentarischen Bewegungen der achtziger Jahre die Mehrheit ausmachten. Zudem weisen Frauen in Umfragen mehrheitlich kritischere Haltungen als Männer zu gesellschaftlichen Problemlagen auf. Sie äußern sich beispielsweise skeptischer zu Abrüstungserfol-

17 Im übrigen ist es eine erklärungsbedürftige Tatsache, daß die Wahlforschung, die ansonsten sekundäre sozio-strukturelle Merkmale wie Alter, Schicht, Bildung, Religion, Regionalität etc. akribisch auflistet, bei der Primärkategorie Geschlecht relativ oberflächlich und mit veralteten Klischees argumentiert.

18 Dies bestätigen neueste Befunde zum Profil von Nichtwählern/-innen. Bei dieser wachsenden Gruppe wurden hohe politische Informiertheit und „starkes“ politisches Interesse festgestellt; vgl. Frankfurter Rundschau vom 5. 2. 1992.

19 Das Nichtwählen scheint immer beliebter zu werden: So gingen bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 1991 nur zwei Drittel der Wahlberechtigten überhaupt wählen. Auch die Beteiligung an der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 war mit 77,8 % nicht hoch, wenn man als Vergleich die Beteiligung an anderen Bundestagswahlen im Westen heranzieht. So lag sie bei der Bundestagswahl 1972 bei rd. 91 %. Vgl. Bundestagswahl 1990. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Mannheim, Nr. 61, S. 47.

gen, Friedenssicherung und vor allem zur Wirtschaftsentwicklung. So folgert auch Juliane Jacobi aus Befunden der Jugendforschung: „Junge Frauen interessieren sich wesentlich mehr und engagieren sich wesentlich mehr für neue Politik und wesentlich weniger im Rahmen von konventioneller Politik.“<sup>20</sup>

Andere Untersuchungen zum sozialen und politischen Engagement von Frauen zeigen, daß diese ein großes gesellschaftspolitisches Aktivitätspotential in Bereichen ausagieren, die sie selber nicht als politisch bezeichnen würden, die aber sehr wohl politisch sind im Sinne von gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen<sup>21</sup>. Insofern kann man die 16jährige, die Unterschriften für Greenpeace sammelt, sehr wohl als politisch interessiert und handelnd einstufen – obwohl sie selbst die schlichte Frage nach dem politischen Interesse wahrscheinlich verneinen würde. Manche Frauen – die Vermutung liegt nahe – wollen sich eventuell auch abgrenzen gegenüber der „schmutzigen“ offiziellen Politik, die „Männersache“ sei<sup>22</sup>.

Die „Fremdheit von Frauen in der Politik“ (Schöler-Macher) und die Erfahrung von Verlusten, die Frauen auch in der Erwerbssphäre machen als sogenannte Grenzgängerinnen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, münden in eine Kritik an einer institutionellen Politik, die die Lebenspraxis von Frauen strukturell, d. h. *wie* sie organisiert ist, und inhaltlich, d. h. *was* sich in ihr abspielt, übergeht<sup>23</sup>.

Der traditionelle Politikbegriff kann mit seiner klaren Trennung in Ressortzuständigkeiten die zunehmende Komplexität moderner Gesellschaften kaum noch erfassen. Aktuelle Themen wie Ökologie, Familie, Gewalt, Demokratie liegen quer zu diesen. Man muß heute von unterschiedlichen Politikverständnissen ausgehen: von einem weiteren, institutionell-übergreifenden Politikbegriff innerhalb der Frauenbewegung, der potentiell alles (Private) auch als politisch wahrnimmt, und einem engeren, „männlich“ geprägten, traditionellen, auf

Institutionen bezogenen Politikbegriff. Diesen benutzen Frauen teilweise selbst, wenn sie sich als politisch eher desinteressiert bezeichnen, ohne ihr soziales Engagement miteinzubeziehen<sup>24</sup>, und er liegt auch der Umfrageforschung zugrunde.

Um das politische Interesse von Frauen angemessener beurteilen zu können, müßten also ihr soziales Engagement und Interesse mitberücksichtigt und der traditionelle Politikbegriff, der den Bereich des Nichtöffentlichen übersieht, verabschiedet werden. Aus diesem Grunde stelle ich im folgenden das Politikverständnis der Neuen Frauenbewegung vor. Vielleicht liegen hier Ansätze, die auch für die traditionelle Partizipations- und Wahlforschung nutzbar gemacht werden können.

---

### III. Das Politikverständnis der Neuen Frauenbewegung

---

Wie keine andere soziale Bewegung hat die Frauenbewegung in den USA und in Westeuropa Probleme der persönlichen Beziehungen ins Zentrum ihrer politischen Auseinandersetzung gerückt und als Basis von Kritik und Widerstand genommen. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Verfügung über den weiblichen Körper sind seit Beginn der siebziger Jahre zentrale Themen in Theorie und Praxis der Frauenbewegung.

Neben die Kritik an der Fremdbestimmung weiblicher Sexualität und der alltäglichen Gewalt gegen Frauen trat die Auseinandersetzung mit sozialistischen Positionen sowie die Herausarbeitung einer Kritik an den herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnissen des Patriarchats. Der Anfang der Frauenbewegung war antistaatlich. Bestimmend war die Einsicht, daß Frauenunterdrückung jenseits kapitalistischer Eigentumsverhältnisse an eine ältere und tiefsitzende Tradition anknüpft. In keiner existierenden Gesellschaftskritik – so der Vorwurf – wurde der private Reproduktionsbereich auf die darin enthaltenen Dominanz- und Abhängigkeitsstrukturen hin radikal genug hinterfragt.

Mit dem Slogan: „Das Private ist politisch!“ erweiterten Feministinnen die öffentliche Diskussion um bislang von der Privatsphäre verdeckt gehaltene Probleme, die aber auch politisch-gesellschaftlich durchaus relevant sind: Themen wie Liebe, Sexualität, Hausarbeit, Beziehungsmuster u. ä. galten bislang als naturhaft-fixiert oder privat-unberechenbar. Erst die Frauenbewegung hat sie

20 Juliane Jacobi, Sind Mädchen unpolitischer als Jungen?, in: Wilhelm Heitmeyer/Juliane Jacobi (Hrsg.), Politische Sozialisation und Individualisierung, Weinheim – München 1991, S. 111.

21 Vgl. Anne Ballhausen/Uta Brandes/Marva Karrer/Robert Schreiber, Zwischen traditionellem Engagement und neuem Selbstvertrauen – weibliche Präsenz in der Öffentlichkeit. Eine empirische Untersuchung zur politischen und sozialen Partizipation von Frauen, Bielefeld 1986.

22 Auf der anderen Seite könnte es auch möglich sein, daß männliche Befragte von sich aus behaupten, ein größeres politisches Interesse zu besitzen, nur weil sie (un)regelmäßig die erste Seite der Tageszeitung lesen oder die klassisch männliche Zuschreibung – als Mann interessiert man sich eben für Politik – für sich gelten lassen wollen.

23 So auch Christel Eckart in ihrer Replik auf Heide Pfarr: Von den verleugneten Abhängigkeiten im Geschlechterverhältnis, in: Frankfurter Frauenblatt, (1992) 1.

24 Vgl. Renate Augstein, Politische Bildung und die Frauen, in: liberal, (1990) 2.

zum politischen Thema gemacht. Feministinnen attackierten damit das herrschende politische Gedankengebäude, das – nach dualistischen Prinzipien strukturiert – die Sphäre der Privatheit, der Frauen, als unpolitisch<sup>25</sup> aus dem öffentlichen Diskurs ausblendet.

Es ging der Frauenbewegung vorrangig um die Selbst- und Neubestimmung all dessen, was als politisch relevant anzusehen sei. Da es hierbei in den vergangenen 20 Jahren höchst kontroverse Positionen und Definitionen gegeben hat, sollen im folgenden die einschlägigen Studien aus der sozialwissenschaftlichen Frauenforschung herangezogen werden, die für die Frage nach einer anderen Orientierung in der Politik und nach einer möglichen Spezifik der politischen Tätigkeit von Frauen wichtig sind.

Zunächst werde ich einige Diskussionen – sowohl aus Zusammenhängen der Arbeitssoziologie als auch der Moralphilosophie – nachzeichnen, um Licht in das Gestrüpp von Thesen und Normierungen zu werfen. Mein Eindruck ist, daß viele Studien ein „weibliches“ Politikverständnis schlicht unterstellen, aber nicht andeuten, wie sie dieses inhaltlich bestimmen. Es wird vielfach davon ausgegangen, daß Frauen „anders“ politisch seien, die Konkretisierung dessen ist allerdings noch ungenügend. Daher versuche ich im zweiten Schritt eine inhaltliche Bestimmung dieses Frauen zugeschriebenen und von Männern unterscheidbaren „Anderen“, das implizit oder explizit aus den Studien hervorgeht. Zum Schluß möchte ich auf die Gefahr hinweisen, in der feministischen Diskussion um ein „Anderssein“ von Frauen quasi „natürliche“, an die Biologie gebundene Vorstellungen von Geschlechterdifferenzen zu unterstützen. Aus diesem Grunde ende ich mit dem Hinweis auf die prinzipiell historisch und kulturell variable soziale Determiniertheit von Geschlechtertypen.

#### *Feministische Kritik an der „maskulinen Ethik“ der Politik*

In der Frauenforschung war der Versuch verbreitet, den Beitrag von Frauen zur Politik zunächst kategorial über die Negation des Bestehenden zu erfassen. Die feministische Kritik richtet sich übereinstimmend gegen die bestehenden Hierarchie- und Konkurrenzsysteme der Berufswelt (Elisabeth Beck-Gernsheim) und insbesondere gegen Politik als „Geschäft“ oder „rücksichtslosen Machtkampf“ (Barbara Sichtermann). Als Bedingungen für das Funktionieren des politischen Systems wur-

25 D.h. auch als weniger wichtig zu nehmen; vgl. Frances Olsen, die auf die hierarchisierende und pejorative Bedeutung von Dualismen im Recht eingeht: Das Geschlecht des Rechts, in: Kritische Justiz, (1990) 3.

den der Mythos der Machbarkeit, die Ideologie von Sachzwängen und die Vorstellung von zweckrational handelnden Menschen angesehen. All dies verweise normativ auf Eigenschaften, die in westlichen Gesellschaften überwiegend den Männern zugeschrieben werden. Die „maskuline Ethik“ in der Politik habe als perfekter Abwehrimpuls und rigides Ausschlußprinzip des weiblichen Geschlechts funktioniert. Darüber hinaus verweise aber auch die Distanz von Frauen zur parlamentarischen Politik zunehmend auf die Krise und Veränderungsbedürftigkeit der Institutionen selbst (Rossana Rossanda).

Die Soziologin Eva Brumlop zitiert amerikanische Studien, die für den erfolgreichen Manager – und dieser steht mit seinen Qualifikationen vergleichbar auch für den Politiker – besondere Eigenschaften voraussetzen wie Aggressivität, Behauptungs- und Durchsetzungswillen sowie Machtorientierung, die nach unseren Geschlechterrollenstereotypen männliche Eigenschaften sind und die polar dem gegenüberstehen, was wir unter weiblichen Eigenschaften zu verstehen gewohnt sind<sup>26</sup>.

Galt es früher als konsensfähig, daß Frauen erst dann auf der politischen Karriereleiter nach oben klettern könnten, wenn sie in der Lage wären, die männlichen Spielregeln der „corporate culture“ erfolgreich anzuwenden, so steht heute eine scharfe Kritik ebendieser Spielregeln im Vordergrund<sup>27</sup>. Eine „Feminisierung der Politik“ (Beate Hoecker) sei notwendig, um Politik zu betreiben, ohne „über andere Menschen herrschen zu wollen oder die Natur auszubeuten“<sup>28</sup>.

#### *Weiblichkeit und Politik*

In der theoretischen Konzeptionalisierung eines „weiblichen“ und „männlichen“ Umgangs mit Politik fanden die Thesen der historisch entstandenen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und einer damit zusammengehenden „Polarisierung der Geschlechtscharaktere“ (Karin Hausen) sowie

26 Westliche Unternehmen seien „eine male cloning production, ein no-woman's land, eine fremde Kultur, auf die Frauen bei ihrem Eintritt mit einem traumatischen Kulturschock reagieren“, Eva Brumlop, Frauen im Management: Innovationspotential der Zukunft? Neue Unternehmenskultur und Geschlechterpolitik, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (1992) 2, S. 6.

27 Und diese Kritik unterscheidet Positionen der heutigen Frauenbewegung gegenüber denen um 1900, die auch ein sogenanntes „weibliches Prinzip“ vertraten. Dieses war allerdings nicht von biologischen Begründungen frei und wurde bloß als Ergänzung zum „männlichen Prinzip“ gedacht.

28 Barbara Böttger, Macht und Liebe, Gleichberechtigung und Subsistenz – Kein Ort – Nirgends. Auf der Suche nach einem feministischen Politikverständnis, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, (1987) 19; Jessica Benjamin, Die Fesseln der Liebe. Psychoanalyse, Feminismus und das Problem der Macht, Frankfurt 1990.

die amerikanischen sozialpsychologischen Forschungen zur Reproduktion von Geschlechteridentitäten große Beachtung<sup>29</sup>.

In Anlehnung an Jean Blums Definition der „homosozialen Welten“ formulierte Helga Bilden die Annahme von „geschlechtsspezifischen homosozialen Welten“<sup>30</sup>, derzufolge sich je nach Geschlecht unterschiedlich strukturierte Lebens- und Erfahrungswelten herausgebildet hätten, die moralische Werthaltungen, psychische Dispositionen sowie Denken und Handeln von Frauen und Männern unterschiedlich determinierten<sup>31</sup>. Demnach seien die Zuweisungen auf ein Geschlecht eine je spezifisch kulturell vorgenommene Leistung, ebenso wie das Annehmen dieser Zuweisung von seiten des Subjektes, die sogenannte Selbstsozialisation eines Individuums in die vorgegebene Gemeinschaft hinein<sup>32</sup>.

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in modernen Gesellschaften, die den Frauen traditionell den weniger beachteten und alimentierten Bereich der Familie, des Hauses, des Haushaltes zuweist und den Männern die öffentlich wirkungsvolle und honorierte, nach hierarchischen Prinzipien organisierte Berufswelt, wurde bereits früh von der Frauenforschung verantwortlich gemacht für die gesellschaftliche Produktion eines „weiblichen Arbeitsvermögens“ (Elisabeth Beck-Gernsheim/Ilona Ostner). Dieser Begriff besaß zunächst eine eindeutig normativ-kritische Funktion: Er wies auf die bislang ausgeblendeten und ausgebeuteten (zumindest potential ausbeutbaren) Ressourcen hin, die Frauen aufgrund ihrer Zuständigkeit im Binnensystem Familie ansammeln können wie Empathie, Fürsorglichkeit und Verantwortlichkeit für andere<sup>33</sup>. Der Begriff „weibliches Arbeitsvermö-

gen“ kritisierte die Berufswelt, die bürokratisch, arbeitsteilig und konkurrenzhaft organisiert, einseitig auf männliche Normen und Karrieremuster hin zugeschnitten schien<sup>34</sup>.

So wurde lange Zeit das „weibliche Arbeitsvermögen“ für bestimmte Spitzenpositionen im Management oder in der Politik eher als inkompatibel bzw. kontraproduktiv angesehen oder als bloß instrumentalisiertbare Größe. Heute hat sich diese Sicht geradezu verkehrt: Immer deutlicher werden „weibliche Führungskompetenzen“ in Entscheidungspositionen gefordert<sup>35</sup>. In diesem Zusammenhang knüpfen viele Beiträge der Frauenforschung an die in den USA geführte Moral-Debatte an.

### *Die feministische Moral-Debatte*

Bei der Kontroverse um eine Geschlechterspezifität von moralischen Urteilen und Einstellungen der amerikanischen Psychologinnen Nancy Chodorow, Dorothy Dinnerstein und vor allem Carol Gilligan ging es u. a. um die Frage, ob Frauen *qua* *Geschlecht* andere moralische Kategorien ihrem Handeln zugrunde legen würden und wenn ja, inwiefern<sup>36</sup>. Gilligans These von der unterschiedlichen Entwicklung und Struktur einer „weiblichen“ und

arbeit. Die Arbeit der Frau in unserer Gesellschaft, Frankfurt 1978.

34 Mittlerweile kritisieren Feministinnen den möglichen affirmativen Kern solcher Weiblichkeitszuschreibungen: Gudrun-Axeli Knapp, Die vergessene Differenz, in: feministische Studien, November 1988. Ich sehe auch die Gefahr der Vereinseitigung, der Pauschalierung, der Idealisierung und Ideologisierung, die eine solche Stilisierung von Weiblichkeit beinhalten kann. Auch politische Bumerangeffekte stehen ins Haus, wenn in typischen Frauenberufen z. B. das sogenannte „weibliche Arbeitsvermögen“ vernutzt wird.

35 Und dies nicht nur von Marketingmanagern sondern auch von feministischen Kritikerinnen am „Männlichkeitswahn“. Will man der Propaganda mancher Wirtschaftsmagazine und Managementphilosophen glauben, so wäre wohl bald der Einzug einer weiblichen Kultur in den Chefetagen zu feiern; die Gegenthese belegt empirisch: Eva Brumlop (Anm. 26).

36 Vgl. Carol Gilligan, die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau, München 1984; Mary Field Belenky u. a., Das andere Denken. Persönlichkeit, Moral und Intellekt der Frau, Frankfurt 1989. Zur Kritik exemplarisch: Rainer Döbert, Männliche Moral – weibliche Moral?, in: Uta Gerhard/Yvonne Schütze (Hrsg.), Frauensituation. Veränderungen in den letzten 20 Jahren, Frankfurt 1988; Gertrud Nunner-Winkler, Gibt es eine weibliche Moral, in: Michael Haller/Hans Joachim Hoffmann-Nowotny/Wolfgang Zapf (Hrsg.), Kultur und Gesellschaft, Frankfurt 1989; dies. (Hrsg.), Weibliche Moral. Die Kontroverse um eine geschlechtsspezifische Ethik, Frankfurt-New York 1991. Da die Debatte mittlerweile in Europa breite Resonanz und Weiterentwicklung erfahren hat, kann hier nicht ausführlich darauf eingegangen werden, vgl. Andrea Maihofer, Ansätze zur Kritik des moralischen Universalismus. Zur moraltheoretischen Diskussion um Gilligans Thesen einer „weiblichen“ Moralauffassung, in: feministische Studien, November 1988.

29 Vgl. Nancy Chodorow, The Reproduction of Mothering. Psychoanalysis and the Sociology of Gender, Berkeley 1978 (dtsh: Das Erbe der Mütter. Psychoanalyse und Soziologie der Geschlechter, München 1985); Dorothy Dinnerstein, Das Arrangement der Geschlechter, Stuttgart 1979; Jean Elshtain, Public Man, Private Woman. Woman in Social and Political Thought, Princeton 1981.

30 Helga Bilden, Geschlechtsspezifische Sozialisation, in: Klaus Hurrelmann/Dieter Ullrich (Hrsg.), Handbuch der Sozialisationsforschung, Weinheim 1980.

31 J. Jacobi (Anm. 20) spricht in diesem Sinne von „geschlechtsdefinierten Territorien“, in die Individuen hineinsozialisiert werden. Politik wäre demnach ein Männer-Territorium, eine Männer-Kultur, an die Frauen sich anpassen müssen, wenn sie Erfolg haben wollen.

32 Vgl. Carol Hagemann-White, Wir werden nicht zweigeschlechtlich geboren, in: dies./Maria S. Rerrich (Hrsg.), FrauenMännerBilder, Bielefeld 1988.

33 Die Kritik an sogenannten Frauenberufen, in denen diese Qualifikationen minderbezahlt verwertet werden, setzt hier an. Als Klassikerinnen dieses theoretischen Ansatzes gelten Elisabeth Beck-Gernsheim, Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt. Zur Ideologie und Realität von Frauenberufen, Frankfurt 1976; Ilona Ostner, Beruf und Haus-

einer „männlichen“ Moralauffassung basiert auf grundlegend verschiedenen Erfahrungswelten von Männern und Frauen. Kennzeichen der „weiblichen Erfahrungswelt“ sei das „Primat der Verbundenheit“, während die „männliche Erfahrungswelt“ vom „Primat der Getrenntheit“ bestimmt werde. Der entscheidende Impuls, der von dieser psychoanalytisch orientierten Theorie einer „weiblichen“ Identitätsbildung und Moralentwicklung ausging, war, Frauen nicht als „Mängelwesen“, sondern als grundsätzlich „anders“ sozialisiert und gleichwertig wahrzunehmen.

Nicht wenige, die sich auf Gilligan beriefen, hegten – gegen deren Intentionen – die Hoffnung, Frauen könnten als moralisch integrale Kulturträgerinnen für die qualitative Verbesserung der politisch-gesellschaftlichen Sphäre angesehen werden. Galten früher sogenannte „weibliche“ Perspektiven als defizitär im öffentlichen Bereich, so beanspruchten sie im Anschluß an Gilligan kulturellerhaltene, produktive, schöpferische Potentiale. Werte wie Einfühlungsvermögen, Fürsorglichkeit, Intuition, Kontextbewußtsein, Fähigkeit zur Anerkennung anderer und Aufeinanderbezogenheit wurden nun eher Frauen zugeordnet und für das Miteinanderumgehen auch im Öffentlichen gefordert. Statt wie bisher die den Frauen einseitig abverlangte Anpassung an männliche Führungsstile zu propagieren oder zu beklagen, wurden nun Kompetenzen und Sichtweisen von Frauen als unumgänglich für eine verbesserte politische Kultur angesehen.

Unter Berufung auf die psychoanalytischen Thesen zur Geschlechterdifferenz wird argumentiert, daß Frauen aufgrund ihrer familienbezogenen Lebenssituation schon per se trainiert und fähig seien in kommunikativen Verhaltensweisen, die für die zukünftige Politik meinungsbildend und handlungsanleitend sein sollten. Frauen seien geübt in zwischenmenschlichen Beziehungen, in kommunikativen Auseinandersetzungen, seien skeptischer gegenüber formaler Macht und Autorität. Diese Fähigkeiten gelte es zu stärken, gesamtgesellschaftlich wie beim anderen Geschlecht<sup>37</sup>.

Die jüngsten Erfahrungsberichte von Politikerinnen thematisieren in überwältigender Deutlichkeit ein gewachsenes frauenpolitisches Problembewußtsein quer durch alle Parteien. Sie liefern zahlreiche Hinweise auf eine von Männern unterschiede

Sicht- und Herangehensweise in der Politik<sup>38</sup>. Ebenso weisen qualitative Studien auf ein soziales Engagement im Bereich öffentlicher Partizipation hin, das für Frauen motivierend und handlungsleitend sei.

Mir erscheint es angesichts der zunehmenden Forderungen nach Erhöhung der Präsenz von Frauen in der Politik vonnöten, die Annahmen und Hypothesen eines differenten „weiblichen“ Politikverständnisses sowie eines anderen politischen Stils erst einmal deutlich zu konturieren bzw. herauszuarbeiten. Dann erst kann (und sollte) man die Empirie daraufhin befragen. Das Problem besteht nämlich darin, daß die meisten Beiträge ein „weibliches“ Politikverständnis gleichzeitig unterstellen und suchen. Das heißt, bevor noch kategorial deutlich wird, worin das spezifisch „Weibliche“ besteht, wird dieses schlicht behauptet<sup>39</sup>.

Aus diesem Grund versuche ich – auf vorläufige und spekulative Weise – aus den einschlägigen Arbeiten inhaltliche Aussagen aufzugreifen, die dem Interesse eines Blicks auf geschlechtsbezogene Besonderheiten geschuldet sind. Angeregt durch Carol Gilligan versuche ich, die Selbstbeschreibungen von Politikerinnen und die Ergebnisse der qualitativen Studien systematisch zu rekonstruieren. Dabei gewinne ich polare Gegenüberstellungen, die exemplarisch in unterschiedliche Politikverständnisse münden:

Auf der einen Seite verbindet sich die Vorstellung eines anderen Umgangs mit Macht<sup>40</sup> mit einem weiten, über Institutionen hinausgehenden Politikverständnis, das einem institutionell-verengten Verständnis etwa durch folgende Kontrastpaare gegenüberzustellen wäre:

- eher egalitäre versus hierarchische Orientierung;
- Flexibilität versus Rigidität in der Artikulation der politischen Position;

38 Vgl. Liselotte Funcke (Hrsg.) Frauen in der Politik. Die Liberalen – frei sein, um andere frei zu machen, Stuttgart 1984; Renate Hellwig (Hrsg.), Frauen in der Politik. Die Christdemokratinnen – Unterwegs zur Partnerschaft, Stuttgart 1984; Antje Huber (Hrsg.), Frauen in der Politik. Die Sozialdemokratinnen – Verdient die Nachtigall Lob, wenn sie singt?, Stuttgart 1984; Renate Lepsius, Frauenpolitik als Beruf. Gespräche mit SPD-Parlamentarierinnen, Hamburg 1987; Anke Martiny, Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Frauen und der Mut zur Macht, Reinbek 1986; Reimar Oltmanns, Frauen an der Macht, Protokolle einer Aufbruchsära, Frankfurt 1990.

39 Vgl. diverse Beiträge in: B. Schaeffer-Hegel (Anm. 8).

40 Vgl. Barbara Schaeffer-Hegel (Hrsg.), Frauen und Macht, Berlin 1984; B. Meyer (Anm. 3); C. Hagemann-White (Anm. 3); Dagmar Schlaepit-Beck, Karrierefrauen im Konflikt zwischen Ohnmachtszuschreibung und weiblichem Führungsstil, in: feministische Studien, (1991) 1; Karin Flaake, Frauen und öffentlich sichtbare Einflußnahme – Selbstbeschränkungen und innere Barrieren, in: ebenda.

37 Die Zuspitzung erfahren solche Theorien in populär-feministischen Forderungen nach einer „Politik des Unterschieds“ (Gisela Erler) oder in einer Mythologisierung von Weiblichkeit als den „letzten gesellschaftlichen Ausweg“ (Roger Garaudy). Christina Thürmer-Rohr hat die weibliche „Entsorgung“ männlicher Zerstörungswut scharf kritisiert mit dem schönen Begriff „Weiblichkeit als Putz und Entseuchungsmittel“, in: Vagabundinnen. Feministische Essays, Berlin 1987.

- kommunikatives versus strategisches Machtverständnis;
- prozeßorientiertes versus zielorientiertes Denken;
- Personenbezogenheit versus Sachbezogenheit;
- kooperatives versus konkurrenzes Verhalten;
- Laien- und Alltagswissen versus Expertentum;
- Betroffenheit versus Abstraktheit;
- Kontextberücksichtigung versus Prinzipienorientierung;
- Kompetenzorientierung versus Karriereplanung;
- Querdenken und Vernetzen versus Ressortdenken.

Nun wäre es ein fatales Mißverständnis, wenn man die Charakterisierung der einen Seite des Polaritätenprofils ausschließlich an die Großgruppe Frauen zwingend gebunden sähe. Es geht nicht darum, die Merkmale, die eine Kritik am traditionellen Politikverständnis implizieren, als Merkmale zu kennzeichnen, die nur Frauen als Frauen entwickelt und Männer gar nicht entwickelt hätten. Es sind auch keine Merkmale, die in Frauenzusammenhängen stets und „automatisch“, in Männerkontexten dagegen nicht anzutreffen wären<sup>41</sup>. Meine These ist aber, daß Frauen und Männer durch die Geschlechterpolarisierung moderner Gesellschaften und durch die Notwendigkeit und Unentrinnbarkeit der sozialen und kulturellen Konstruktion von Geschlechtlichkeit<sup>42</sup> unterschiedliche Stile und Orientierungen im Politischen herausgebildet haben. Diese sind weder biologisch determiniert noch essentialistisch normiert etwa durch Bezüge auf ein „weibliches Wesen“, sondern sie sind historisch-kulturell kontingentes Ergebnis patriarchalischer Vergesellschaftung<sup>43</sup>.

Vor allem durch die kulturellen Folgen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und die Trennung der sozialen Erfahrungswelten Öffentlichkeit und Privatheit im 18. und 19. Jahrhundert

41 Der kritische Impuls, der der einen Seite des Polaritätenprofils innewohnt, ist ja auch vor der Frauenforschung bereits in anderen Theorien formuliert worden, z.B. von der frühen Pluralismuskritik oder in demokratiekritischen Texten aus den sechziger/siebziger Jahren, z.B. Johannes Agnoli/Peter Brückner, Die Transformation der Demokratie, Berlin 1967.

42 Vgl. hierzu: Regine Gildemeister, Die soziale Konstruktion von Geschlechtlichkeit, in: Iona Ostner/Klaus Lichtblau (Hrsg.), Feministische Vernunftkritik. Ansätze und Traditionen, Frankfurt-New York 1992.

43 „In der Gesellschaft, die auf der Polarisierung von Geschlechtsrollen und der Generalisierung von deren Effekten beruht, gibt es keine Identität und Individualität außerhalb der Geschlechtszugehörigkeit.“ Ebenda, S. 227.

sind Unterschiede im Politikverständnis von Frauen und Männern entstanden. Die durch die Geschlechterpolarisierung erzwungene unterschiedliche Ausprägung und Unterstützung allgemein menschlicher Fähigkeiten und Deutungsmuster sind also Resultate sozialer Konstruktion und als solche auch als *veränderbar* anzusehen.

Das Verständnis, das Frauen in unserem Kulturkreis von Politik mehrheitlich äußern, ist geprägt durch ihre spezifischen Interessen und Lebenslagen sowie durch ihre doppelte Orientierung auf die beiden Zuständigkeitsbereiche Produktion und Reproduktion. Frauen machen die Erfahrung, als „Grenzgängerinnen“ zwischen gesellschaftlich getrennten Lebensbereichen der Dynamik der wechselseitigen Abhängigkeiten besonders ausgesetzt zu sein. Frauen bewegen sich im politischen Raum ohne Netz und auf doppeltem Boden, da tendenziell private Abhängigkeiten geleugnet werden müssen. Auch Männer zahlen die Kosten dieser einseitigen Orientierung. Eine Gesellschaft, die ihnen „Männlichkeit als Prinzip“ abverlangt, und als „weiblich“ titulierte Werte wie Nachgiebigkeit, Flexibilität, Gefühlhaftigkeit bei ihnen sanktioniert, fordert einen hohen Preis an tatsächlich lebbaren menschlichen Fähigkeiten.

Meine zweite These ist, daß die Merkmale, die im Polaritätenprofil einander gegenüber gestellt sind, keine Wertungen darüber enthalten, welcher Modus im Politischen für die Lösung gesellschaftlicher Probleme prinzipiell besser geeignet zu sein scheint<sup>44</sup>. Sicher scheint mir allerdings, daß komplexe Probleme auch komplexe, nicht verengte Sichtweisen erfordern, die eher bei einem überinstitutionellen Politikverständnis zu finden sind. Aber: sich sach- und zielorientiert, konkurrenz<sup>45</sup> oder prinzipienorientiert zu verhalten, ist nicht grundsätzlich schlecht. Und auf der anderen Seite ist ein Verhalten, das stets personen- und situationsorientiert ist, nicht grundsätzlich gut. Es gibt politische Probleme und Situationen, in denen *beide* Orientierungen ihre Angemessenheit besitzen. So kann z.B. ein (eher bei Frauen vermutetes) Beharren auf Alltagswissen und Betroffenheit naiv moralisierend sein. Es kommt jeweils auf die Fähigkeit der Reflexivität an, welche Orientierung in welcher Situation besonders angemessen zu sein scheint.

44 Dieses formuliere ich im bewußten Gegensatz zu feministischen Selbststilierungen oder Erwartungen einer Rettung der Zivilisation durch sogenannte „weibliche“ Werte.

45 Vgl. z.B. Barbara Sichtermann, Konkurrenz belebt auch das Geschlechterverhältnis, in: dies., Wer ist wie? Über den Unterschied der Geschlechter, Berlin 1987.

---

## IV. Fazit

---

Carol Gilligans entwicklungspsychologisch gewonnene These von geschlechtsbezogenen moralischen Urteilsfindungen impliziert, daß es bei Frauen und Männern unterschiedliche, aber gleichwertige Ethiken gibt. Diese These scheint mir auch für den Bereich der Politik und der Politikwissenschaft relevant. Auch hier haben wir eine Ineinssetzung eines männlichen Politikverständnisses mit Politik überhaupt festgestellt.

Ein „anderes“ Politikverständnis von Frauen, dem empirisch in seinen Ursachen, Hintergründen und Folgewirkungen weiter nachgegangen werden muß, läßt sich lesen als Kritik gegenüber „männerbündischen“ Strukturen und Ritualen (Eva Kreisky), Institutionen und Logiken in der Politik. Deren Einseitigkeit und Zentrierung auf männliche (Lebens)Bereiche, Umgangsformen und Erfahrungen, die tendenziell das Private ausklammern oder entwerten, wird erst durch die Perspektive auf das „Andere“ dechiffrierbar und korrigierbar<sup>46</sup>. Insofern müßte Politik auf der Anerkennung *verschiedener, aber gleichwertiger* Orientierungen von Männern und Frauen basieren.

Der Blick auf die politische Partizipation von Frauen und auf ihr anderes Verständnis von Politik hat – paradoxerweise – gezeigt, daß beide Geschlechter sich in beiden Bereichen (Privatheit und Öffentlichkeit) bewegen (können), aber daß sie mit unterschiedlichen Grenzen und Bewertungen zu rechnen haben. Die „Fremdheit von Frauen in der Politik“ ist gespeist durch die kritische Distanz derjenigen, deren Interessen bisher

aus dem öffentlichen Diskurs eher ausgeblendet worden sind. Das können historisch und kulturell variable Gruppen und Klassen, Völker oder ein ganzes Geschlecht sein. Ihnen fällt die Aufgabe zu, die Konstruktion und das Interesse an der Aufrechterhaltung der Trennung zwischen „Fremden“ und „Einheimischen“, zwischen Beherrschten und Herrschern, zwischen Außenseitern und Etablierten<sup>47</sup> und den ihnen zugewiesenen Bereichen ständig wieder neu zu thematisieren und zu kritisieren.

Die Frauenbewegung im 19. Jahrhundert konnte anknüpfen an die Versprechungen freiheitlicher Demokratien, Menschenrechte auch für Frauen zu garantieren. Die Neue Frauenbewegung kann heute im öffentlichen Raum konstitutionell abgesicherter Freiheits- und Kommunikationsrechte agieren. Und doch scheint der Kampf um den Erhalt errungener Rechte sowie um die Anerkennung neuer Ansprüche und Rechte erst anzufangen. Sicher ist es an der Zeit, daß sich die Frauenbewegung Bündnispartner sucht z.B. im Kreise derjenigen, die ebenso für die Ausweitung und institutionelle Absicherung politischer Partizipation und demokratischer Freiheiten streiten.

Auf der Ebene politischer Theorie ist es an der Zeit, das Geschlecht als soziale Strukturkategorie ernst zu nehmen. Die Politikwissenschaft sollte versuchen, das „andere“ Politikverständnis von Frauen stärker herauszukristallisieren und empirisch dingfest zu machen (u.U. auch bei Männern), weil dieses „andere“ Politikverständnis – wie Rossana Rossanda so schön formulierte – „womöglich den Keim sowohl einer Krise der traditionellen Politik als auch einer Kritik, die eine andere Politik einleiten könnte“, in sich trägt. Darum würde es sich lohnen!

---

46 Vgl. hierzu Christel Eckart, *Der Preis der Zeit, Frauen und Teilzeitarbeit*, Frankfurt–New York 1991.

---

47 Vgl. Norbert Elias/John L. Scotson, *Etablierte und Außenseiter*, Frankfurt 1990.

## Auswahlbibliographie

- Alemann, Ulrich von, Partizipation – Demokratie – Mitbestimmung, Opladen 1975
- Almond, Gabriel A., Sidney Verba, *The Civic Culture. Political attitudes and democracy in five nations*, Princeton 1963
- Augstein, Renate, Politische Bildung und die Frauen, in: *liberal*, Heft 2, Mai 1990
- Ballhausen, Anne, Uta Brandes, Marva Karrer, Robert Schreiber, Zwischen traditionellem Engagement und neuem Selbstvertrauen – weibliche Präsenz in der Öffentlichkeit. Eine empirische Untersuchung zur politischen und sozialen Partizipation von Frauen, Bielefeld 1986
- Beck-Gernsheim, Elisabeth, *Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt*, Frankfurt 1976
- Beck-Gernsheim, Elisabeth, *Das halbierte Leben. Männerwelt Beruf – Frauenwelt Familie*, Frankfurt 1980
- Beck-Gernsheim, Elisabeth, Karriere: Wie hoch ist ihr Preis? Die Folgen für Frauen und Männer, in: Elmar Altvater, Martin Baethge u. a., *Arbeit 2000*, Hamburg 1985
- Belenky, Mary Field u. a., *Das andere Denken. Persönlichkeit, Moral und Intellekt der Frau*, Frankfurt 1989
- Benjamin, Jessica, *Die Fesseln der Liebe. Psychoanalyse, Feminismus und das Problem der Macht*, Frankfurt 1990
- Bernadoni, Claudia, Vera Werner (Hrsg.), *Der vergeudete Reichtum. Über die Partizipation von Frauen im öffentlichen Leben*, Bonn 1983
- Beyme, Klaus von, *Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1971
- Beyme, Klaus von, Feministische Theorie der Politik zwischen Moderne und Postmoderne, in: *Leviathan*, 2/1991
- Bilden, Helga, Geschlechtsspezifische Sozialisation, in: K. Hurrelmann, D. Ullrich (Hrsg.), *Handbuch der Sozialisationsforschung*, Weinheim 1980
- Bock, Gisela, *Historische Frauenforschung: Fragestellung und Perspektiven*, in: Karin Hausen (Hrsg.), *Frauen suchen ihre Geschichte, Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*, München 1983
- Böttger, Barbara, *Macht und Liebe, Gleichberechtigung und Subsistenz – Kein Ort – Nirgends. Auf der Suche nach einem feministischen Politikverständnis*, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 19/87, Köln 1987
- Bremme, Gabriele, *Die politische Rolle der Frau in Deutschland*, Göttingen 1956
- Brumlop, Eva, *Frauen im Management: Innovationspotential der Zukunft? Neue Unternehmenskultur und Geschlechterpolitik*, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 2/1992
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Politische Partizipation. Beiträge einer internationalen Fachtagung. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung*, Bd. 220, Bonn 1985
- Buse, Michael, *Determinanten politischer Partizipation*, Meisenheim 1978
- Buse, Michael, Wilfried Nelles, Reinhard Oppermann, *Determinanten politischer Partizipation. Theorieansatz und empirische Überprüfung am Beispiel der Stadtsanierung Andernach*, Meisenheim 1978
- Chodorow, Nancy, *The Reproduction of Mothering. Psychoanalysis and the Sociology of Gender*, Berkeley 1978 (dtsh: *Das Erbe der Mütter. Psychoanalyse und Soziologie der Geschlechter*, München 1985)
- Cockburn, Cynthia, *Die Herrschaftsmaschine, Geschlechterverhältnisse und technisches Know-how*, Hamburg 1988
- Commission of the European Communities, *European Men and Woman. A Comparison of their Attitudes to some of the Problems facing Society*, Brüssel 1977
- Dertinger, Antje, *Die bessere Hälfte kämpft um ihr Recht*, Köln 1980
- Dinnerstein, Dorothy, *Das Arrangement der Geschlechter*, Stuttgart 1979
- Dittberner, Jürgen, Rolf Ebbighausen (Hrsg.), *Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1973
- Dokumentation des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit: *Motive junger Nichtwählerinnen. Eine Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach* 1989
- Döbert, Rainer, *Männliche Moral – weibliche Moral?* in: Uta Gerhard/Yvonne Schütze (Hrsg.), *Frauensituation. Veränderungen in den letzten 20 Jahren*, Frankfurt 1988
- Eckart, Christel, *Orientierungen diesseits von Familie und Beruf: kognitive und emotionale Differenzierung*, unv. Manuskript, Institut für Sozialforschung, Frankfurt 1986
- Eckart, Christel, *Der Preis der Zeit, Frauen und Teilzeitarbeit*, Frankfurt–New York 1991

- Eckart, Christel, Von den verleugneten Abhängigkeiten im Geschlechterverhältnis, in: Frankfurter Frauenblatt, 1/1992
- Elshtain, Jean, Public Man, Private Woman. Woman in Social and Political Thought, Princeton 1981
- Falke, Wolfgang, Die Mitglieder der CDU. Eine empirische Studie zum Verhältnis von Mitglieder- und Organisationsstruktur der CDU 1971-1977, Berlin 1982
- Flaake, Karin, Frauen und öffentlich sichtbare Einflußnahme - Selbstbeschränkungen und innere Barrieren, in: feministische Studien, Heft 1/1990
- Flammang, Janet A. (Ed.), Political Woman. Current Roles in State and Government, Berkeley Hills 1984
- Frauenhandlexikon. Stichworte zur Selbstbestimmung, hrsg. von Johanna I. Beyer, Franziska Lamott, Birgit Meyer, München 1983.
- Frommel, Monika, Männliche Gerechtigkeitsmathematik versus weiblicher Kontextualismus, in: Ralf Dreier (Hrsg.), Rechts- und Sozialphilosophie in Deutschland, 1991
- Fülles, Mechthild, Frauen in Partei und Parlament, Köln 1969
- Funcke, Liselotte (Hrsg.), Frauen in der Politik. Die Liberalen - sein, um andere frei zu machen, Stuttgart 1984
- Gast, Gabriele, Die politische Rolle der Frau in der DDR, Düsseldorf 1973
- Gerhard, Ute, Gleichheit ohne Angleichung. Frauen im Recht, München 1990
- Gerhard, Ute u. a. (Hrsg.), Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht, Frankfurt 1990.
- Gildemeister, Regine, Die soziale Konstruktion von Geschlechtlichkeit, in: Ilona Ostner/Klaus Lichtblau (Hrsg.), Feministische Vernunftkritik, Ansätze und Traditionen, Frankfurt-New York 1992
- Gilligan, Carol, Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau, München 1984
- Githens, Marianne, Jewell Prestage (Eds.), A portrait of marginality - The political behaviour of the american woman, New York 1977
- Habermas, Jürgen, Zum Begriff der politischen Beteiligung, in: ders., Kultur und Kritik, Frankfurt 1973
- Hagemann-White, Carol, Frauenforschung, in: Johanna I. Beyer, Franziska Lamott, Birgit Meyer (Hrsg.), Frauenhandlexikon. Stichworte zur Selbstbestimmung, München 1983
- Hagemann-White, Carol, Können Frauen die Politik verändern?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B9-10/87
- Hagemann-White/Maria S. Rerrich (Hrsg.), FrauenMännerBilder. Männer und Männlichkeit in der feministischen Diskussion, Bielefeld 1988
- Hausen, Karin, Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“ - eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hrsg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart 1977
- Heinz, Margarethe, Politisches Bewußtsein bei Frauen, München 1971
- Hellwig, Renate (Hrsg.), Frauen in der Politik, Die Christdemokratinnen - Unterwegs zur Partnerschaft, Stuttgart 1984
- Herzog, Dietrich, Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen, Opladen 1975
- Herzog, Dietrich, Politische Führungsgruppen. Probleme und Ergebnisse der modernen Eliteforschung, Darmstadt 1982
- Herzog, Dietrich, Elitensoziologische Aspekte der Bundestagswahl 1980, in: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, Opladen 1983
- Herzog, Dietrich, Hilke Rebensdorf, Camilla Werner, Bernhard Weßels, Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung, Opladen 1990
- Hoecker, Beate, Frauen in den Bremer Parteien. Eine Darstellung ihres Sozial-, Einstellungs- und Partizipationsprofils. Forschungsgruppe Parteiendemokratie, hrsg. von Heino Kaack und Roland Roth, Nr. 11, Koblenz-Bremen 1985
- Hoecker, Beate, Frauen in der Politik. Gängige Hypothesen zum Präsenzdefizit auf dem empirischen Prüfstand in Bremen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/1986, S. 65-82
- Hoecker, Beate, Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie, Opladen 1987
- Hoecker, Beate, Politik: Noch immer kein Beruf für Frauen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B9-10/87
- Hoffmann-Lange, Ursula, Eliten und Demokratie in der Bundesrepublik, in: Kaase, Max (Hrsg.), Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise. Festschrift zum 65. Geburtstag von Rudolf Wildenmann, Opladen 1986
- Hofmann-Göttig, Joachim, Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, Bonn 1986
- Huber, Antje (Hrsg.), Frauen in der Politik. Die Sozialdemokratinnen - Verdient die Nachtigall Lob, wenn sie singt?, Stuttgart 1984

- Huffmann Ursula, Dorothea Frandsen, Annette Kuhn (Hrsg.), *Frauen in Wissenschaft und Politik*, Düsseldorf 1987
- Jacobi, Juliane, Sind Mädchen unpolitischer als Jungen?, in: Wilhelm Heitmeyer/Juliane Jacobi (Hrsg.), *Politische Sozialisation und Individualisierung*, Weinheim-München 1991
- Jaquette, Jane S., *Women in Politics*, Toronto 1974
- Kaack, Heino, *Wer kommt in den Bundestag? Abgeordnete und Kandidaten 1969*, Opladen 1969
- Kaase, Max, Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*, Opladen 1983
- Knapp, Gudrun-Axeli, *Die vergessene Differenz*, in: *feministische Studien*, November 1988
- Kontos, Silvia, *Zum Verhältnis von Autonomie und Partizipation in der Politik der neuen Frauenbewegung*, in: B. Schaeffer-Hegel (Hrsg.), *Vater Staat und seine Frauen*, Pfaffenweiler 1990
- Kreisky, Eva, *Der Staat als „Männerbund“?*, Ein historisch-theoretischer Versuch, unveröff. Manuskript 1991
- Kuhn, Annette, Doris Schubert, *Frauen in der Nachkriegszeit und im Wirtschaftswunder 1945–1960*, Bd. IV, Frankfurt 1980
- Kuhn, Annette, *Die vergessene Frauenarbeit in der deutschen Nachkriegszeit*, in: Anna-Elisabeth Freier, Annette Kuhn (Hrsg.), *Frauen in der Geschichte V*, „Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand seiner Frauen“ – Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Düsseldorf 1984
- Kuhn, Annette (Hrsg.), *Frauen in der deutschen Nachkriegszeit*, Bd. 2: *Frauenpolitik 1945–1949*, Quellen und Materialien, Düsseldorf 1986
- Kuhn, Annette, *1945 – Versäumte Emanzipationschancen? Feministische Überlegungen zur Refamilialisierung nach 1945*, in: *Frauen in den neuen Bundesländern. Rückzug in die Familie oder Aufbruch zur Gleichstellung in Beruf und Familie?*, Bonn 1991
- Langer, Ingrid, *Zwölf vergessene Frauen. Die weiblichen Abgeordneten im Parlament des Volksstaates Hessen. Ihre politische Arbeit – ihr Alltag – ihr Leben*, Frankfurt 1989
- Lepsius, Renate, *Frauenpolitik als Beruf. Gespräche mit SPD-Parlamentarierinnen*, Hamburg 1987
- Linke, Werner, *Wählerverhalten nach Geschlecht und Alter bei der Bundestagswahl 1976*, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 1/1977
- List, Elisabeth/Herlinde Studer (Hrsg.), *Denkverhältnisse, Feminismus und Kritik*, Frankfurt 1989
- Mabry, Hannelore, *Unkraut ins Parlament. Die Bedeutung weiblicher parlamentarischer Arbeit für die Emanzipation der Frau*, München 1971
- Maihofer, Andrea, *Ansätze zur Kritik des moralischen Universalismus. Zur moraltheoretischen Diskussion um Gilligans Thesen einer „weiblichen“ Moralauffassung*, in: *feministische Studien*, November 1988
- Marcuse, Herbert, *Der eindimensionale Mensch*, Neuwied-Berlin 1964
- Martiny, Anke, *Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Frauen und der Mut zur Macht*, Reinbek 1986
- Martiny, Anke, *Männliche und weibliche Politik – Thesen zum Unterschied*, in: B. Schaeffer-Hegel (Hrsg.), *Vater Staat und seine Frauen*, Pfaffenweiler 1990
- Mersch, Wolf, *Volksvertreter in Ost und West. Das Sozialprofil von Bundestagsabgeordneten und Delegierten der Volkskammer*, in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht*, Tübingen 1964
- Meyer, Birgit, *Frauen an die Macht!? Politische Strategien zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B9–10/87
- Meyer, Birgit, *Frauenpolitiken und Frauenleitbilder der Parteien in der Bundesrepublik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 34–35/90
- Milz, Helga, *„Blick zurück nach vorn!“*. Empirische Untersuchungen zum gesellschaftlichen und politischen Frauenbewußtsein, in: *Frauen – Macht – Politik*, Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Opladen 1989
- Möller, Kurt, *Geschlechtsspezifische Aspekte der Anfälligkeit für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Frauenforschung*, 3/1991
- Müller-Rommel, Ferdinand, Tanja Sprengel, *Kabinettsmitglieder in Bonn 1949–1986. Eine Dokumentation soziodemographischer Daten und parlamentarischer Karriereverläufe*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1/1986
- Naßmacher, Hiltrud, *Frauen und lokale Politik*, in: Bernhard Blanke (Hrsg.), *Staat und Stadt*, systematische, vergleichende und problemorientierte Analysen „dezentraler“ Politik, Opladen 1991
- Nemitz, Rosemarie, *Die Frau in den deutschen Parlamenten*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 9/1958
- Noelle-Neumann, Elisabeth, *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–55*, Allensbach 1956
- Noelle-Neumann, Elisabeth (Hrsg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie*, Wien-München-Zürich 1976
- Nohlen, Dieter, *Wahlrecht und Parteiensystem*, Opladen 1986

- Nunner-Winkler, Gertrud, Gibt es eine weibliche Moral?, in: M. Haller/H. J. Hoffmann-Nowotny/W. Zapf (Hrsg.), Kultur und Gesellschaft, Frankfurt 1989
- Nunner-Winkler, Gertrud (Hrsg.), Weibliche Moral. Die Kontroverse um eine geschlechtsspezifische Ethik, Frankfurt-New York 1991
- Offe, Claus, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: Kress, Gisela, Dieter Senghaas (Hrsg.), Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt 1972
- Olsen, Frances, Das Geschlecht des Rechts, in: Kritische Justiz, Heft 3/1990
- Oltmanns, Reimar, Frauen an der Macht, Protokolle einer Aufbruchsära, Frankfurt 1990
- Piel, Edgar, Kein Interesse an Politik – Motive und Reaktionen junger Nichtwählerinnen, in: Frauenforschung, Heft 3/1989
- Pross, Helge, Politische Partizipation von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Die Psychologie des 20. Jahrhunderts, Bd. VIII, Zürich 1979
- Purwin, Hilde, Frauen. Welche Rolle spielen sie im Bundestag?, hrsg. vom Presse- und Informationsdienst des Deutschen Bundestages, Bonn 1979
- Randall, Vicky, Women and politics, London 1982
- Randzio-Plath, Christa, Laßt uns endlich mitregieren. Wege von Frauen in die Politik, Freiburg 1980
- Rebenstorf, Hilke, Frauen im Bundestag – anders als die Männer? in: Der Bürger im Staat, Heft 1/1990
- Reich-Hillweg, Ines, Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Gleichberechtigungsgrundsatz in der parlamentarischen Auseinandersetzung 1948–1957 und in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts 1953–1975, Frankfurt 1979
- Rossanda, Rossana, Einmischung. Gespräche mit Frauen über ihr Verhältnis zu Politik, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Demokratie, Faschismus, Widerstand, Staat, Partei, Revolution, Feminismus, Frankfurt 1980
- Roth, Dieter, Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/90
- Rubart, Frauke, Partizipation von Frauen in neuen sozialen Bewegungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/88
- Schaeffer-Hegel, Barbara (Hrsg.), Frauen und Macht, Berlin 1984
- Schaeffer-Hegel, Barbara (Hrsg.), Vater Staat und seine Frauen, Pfaffenweiler 1990
- Schatz, Heribert, Der Parlamentarische Entscheidungsprozeß. Bedingungen der verteidigungspolitischen Willensbildung im Deutschen Bundestag, Mannheim 1970
- Schindler, Peter, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949–1983, 3. durchgesehene Auflage, Bonn 1984
- Schlapeit-Beck, Dagmar, Karrierefrauen im Konflikt zwischen Ohnmachtzuschreibung und weiblichem Führungsstil, in: feministische Studien, Heft 1/1991
- Schmidt, Martina, Karrierefrauen und Partnerschaft. Sozialpsychologische Aspekte der Beziehungen zwischen karriereambitionierten Frauen und ihren Lebenspartnern, Münster-New York 1989
- Schmidtchen, Gerhard, Die Situation der Frau. Trendbeobachtungen über Rollen- und Bewußtseinsveränderungen der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1984
- Schöler-Macher, Bärbel, Fremd(körper) in der Politik. Die Normalität des politischen Alltags in Parteien und Parlamenten aus der Sicht der Frauen, in: Frauenforschung, (1991) 1+2
- Sichter mann, Barbara, Verschiedenheit und Gleichheit der Geschlechter, in: dies., Weiblichkeit. Zur Politik des Privaten, Berlin 1983
- Sichter mann, Barbara, Der Feminismus der CDU, in: Helmut Dubiel (Hrsg.), Populismus und Aufklärung, Frankfurt 1987
- Stacey, Margaret, Marion Price, Women, Power and Politics, London-New York 1981
- Stern, Carola (Hrsg.), Was haben die Parteien für die Frauen getan?, Reinbek 1976
- Strecker, Gabriele, Margarethe Lenz, Der Weg der Frauen in die Politik, Melle 1980
- Süssmuth, Rita, Frauen – der Resignation keine Chance! Sammlung wissenschaftlicher und politischer Texte 1980–1985, Düsseldorf 1985
- Troitzsch, Klaus G., Mitgliederstrukturen der Bundestagsparteien, in: Heino Kaack, Reinhold Roth (Hrsg.), Handbuch des deutschen Parteiensystems, Bd. 1, Opladen 1980
- The Western Political Quarterly, Woman and Politics, March 1981
- UNESCO, The political role of woman, New York 1954
- Verba, Sidney, Norman H. Nie, Participation in America. Political Democracy and Social Equality, New York 1972
- Verba, Sidney, Norman H. Nie, J. O. Kim, Participation and Political Equality, London 1978

- Welch, Susan, Woman as Political Animals? A Test of some Explanations for Male-Female Political Participation Differences, in: American Journal of Political Science 21, August 1977
- Welch, Susan, Philip Secret, Sex, Race and Political Participation, in: The Western Political Quarterly. Special Issue on Woman in Politics. March 1981
- Wickert, Christl, Biographische Methode und „Oral History“ in der Frauengeschichte am Beispiel einer Untersuchung über die führenden SPD-Frauen der Weimarer Republik, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 5/1981
- Wickert, Christl, Weiblicher Lebenszusammenhang und politische Arbeit, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 7/1982
- Wickert, Christl, Zwischen Familie und Parlament, Kassel 1983
- Wickert, Christl, Unsere Erwählten. Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag 1919 bis 1933, Bd. 1, Göttingen 1986
- Wickert, Christl, Politik vor Privatleben. Zum Selbstverständnis alleinstehender Parlamentarierinnen in der Weimarer Republik, in: Elisabeth Flittner/Renate Valtin (Hrsg.), Dritte im Bund: Die Geliebte, Reinbek 1987
- Wiggershaus, Renate, Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung in der BRD und der DDR nach 1945, Wuppertal 1979
- Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages (Hrsg.), Parlamentarierinnen in Deutschen Parlamenten, Bd. 1, 1919–1976, Materialien Nr. 42, Bonn 1976, Bd. 2, 1919–1983, Materialien Nr. 82, Bonn 1983
- Zapf, Wolfgang, Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919–1961, Studien zur Soziologie, Bd. 2, München 1965
- Zeuner, Bodo, Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965, Den Haag 1970
- Zimpel, Gisela, Der beschäftigte Mensch, Beiträge zur sozialen und politischen Partizipation, München 1970
- Zimpel, Gisela, Zur Neuformulierung des Teilnahmebegriffs, in: Frank Grube, Gerhard Richter (Hrsg.), Demokratietheorien, Hamburg 1975.

# Was heißt frauenspezifisches Lernen und Handeln?

## Politische Bildung als Männerdiskurs und Männerdomäne

### I. Politische Bildung als Männerdiskurs

Dieser Beitrag wurde nicht zuletzt ausgelöst durch das Heft B 37–38/91 dieser Zeitschrift<sup>1</sup>, in welchem – wie in vielen früheren Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung – verschiedene Autoren weitgehend Bekanntes zur politischen Bildung formulierten. Und es war schon das zweite Heft des letzten Jahres, in dem nur Männer als Männer wie Männer über politische Bildung schrieben. Wie aus auch nur kursorischem Überblick zur einschlägigen Literatur deutlich wird, ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung um politische Bildung eine Domäne der alten „Eminenzen“ der politischen Bildung, die sich schon in den fünfziger Jahren, so Oetinger (Pseudonym für Theodor Wilhelm – warum hat dieser Herr wohl ein Pseudonym benutzt?), oder auch in den sechziger Jahren (z. B. Hilligen, Giesecke, Sutor) profilierten. Eben diese Herren – wie auch einige jüngere, insbesondere Lehrstuhlinhaber – schreiben seit Jahrzehnten über politische Bildung immer wieder zu den gleichen Themen, nur in verschiedenen Variationen.

Gutes oder besser schlechtes Beispiel dafür ist Bernhard Sutor, an dessen Veröffentlichung „Neue Grundlegung der politischen Bildung“<sup>2</sup> u. a. folgendes deutlich wird: Die Publikation nennt sich zwar „neue Grundlegung“, ist aber eine nur wenig aktualisierte Neubearbeitung 20 Jahre alter Veröffentlichungen. Deutlich wird dies schon bei einer Überprüfung mit Hilfe von Stichproben. In thematischer Hinsicht ist festzustellen, daß wichtige Literatur beispielsweise zu Jugendfragen aus den achtziger Jahren, geschweige denn zu Frauenfragen, überhaupt nicht verarbeitet ist. Außerdem wird hier – wie auch in *allen* vergleichbaren Publikationen zur politischen Bildung – deutlich, daß nur Veröffentlichungen von Männern zitiert werden; im ersten Band Sutors bei über 270 Anmerkungen eine Frau: Hannah Arendt; im zweiten Band sind unter 512 Anmerkungen gerade sieben Autorinnen vermerkt. Dies ist symptomatisch, denn das gleiche

kann man in der Schriftenreihe der Bundeszentrale feststellen. So berichten dort nur Männer über „Erfahrungsorientierte Methoden der politischen Bildung“<sup>3</sup>, ohne die Bedeutung dieses Ansatzes für weibliche Zielgruppen zu reflektieren – als ob es keine Frauen gäbe, die solche erfahrungsorientierten Methoden kennen! In diesem Beitrag gebe ich etliche Hinweise auf solche Studien.

Ferner ist kürzlich in der didaktischen Reihe der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg ein Band erschienen, in welchem zehn Autoren über Rationalität und Emotionalität in der politischen Bildung schreiben<sup>4</sup> – auch sie reflektieren nicht über weibliche Zielgruppen. Die von den Autoren des Bandes vorgelegte Auswahlbibliographie von 24 Titeln nennt ebenfalls nur männliche Wissenschaftler. Selbst in den Anmerkungen der Einzelbeiträge ist kein Titel aus dem ja sehr vielfältigen Bereich der Frauenforschung zur Emotionalität und Rationalität angegeben.

Ähnlich strukturiert ist eine Neuerscheinung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing<sup>5</sup>, deren Herausgeber Manfred Hättich, gleichzeitig Direktor der Akademie, offenbar gleichfalls und „natürlich“ nur kompetente Männer zu diesem Thema gewinnen konnte. Der Untertitel dieser Publikation „Inhalte – Projekte – Methoden – Adressaten“ wird somit zwangsläufig dem Anspruch nicht gerecht. Von Adressaten oder Adressatinnen ist nicht die Rede, und letztlich heißt es dann, wie in den meisten wissenschaftlichen Publikationen dieser Art: Die politische Bildung müßte dies, die politische Bildung sollte das, aber konkrete Hilfen, Hinweise, Anregungen fehlen, d. h. der/die PraktikerIn wird erst mit hochgestochenen theoretischen Ansprüchen verunsichert und dann mit der Arbeit vor Ort im Stich gelassen. Dabei ist überhaupt fraglich, ob diese Normsetzungskünstler in der Lage sind, ihren eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Man kennt ja diesen Besserwissertyp auch aus anderen Wissenschaftsbereichen.

3 Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 258, Bonn 1988.

4 Vgl. Siegfried Schiele/Herbert Schneider, Rationalität und Emotionalität in der politischen Bildung, Stuttgart 1991.

5 Vgl. Manfred Hättich (Hrsg.), Politische Bildung nach der Wiedervereinigung, München 1992.

1 Vgl. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/91.

2 Bernhard Sutor, Neue Grundlegung politischer Bildung, Band I und II, Paderborn 1984.

Hier ist „frau“ allerdings mit ihrem Ärger nicht ganz allein. Auch von Bernd Janssen wird kritisch angemerkt: „Ferner sind ein spezifisches Hindernis auf dem Weg zu einer realistischen didaktischen Theorie jene überhöhten Ansprüche, die Hochschullehrer an Lehrer (und Studenten) herantragen, und zwar in einer autoritären Sprache, die nicht den geringsten Zweifel an der Machbarkeit dieser Ansprüche aufkommen läßt. Folglich erscheinen zahlreiche Positionen, die nur im Sinne einer konkreten Utopie legitim sind, als aktuell erfolversprechende Handlungsanweisungen, müssen jedoch aus der Sicht der Praxis als Täuschung über das derzeit real Mögliche zurückgewiesen werden, so daß sich zwangsläufig bei vielen potentiell Interessierten eine Haltung der Distanz, der Verärgerung, der Abwehr gegenüber didaktischen Schriften herausbildet.“<sup>6</sup>

Durchgängig üblich ist auch bei allen Publikationen der letzten Zeit, daß – falls überhaupt Zielgruppen angesprochen werden – es sich um solche männlichen Geschlechts handelt. Mit ganz wenigen Ausnahmen wird ebenfalls überall nur die männliche Sprachform benutzt.

Im Handbuch der politischen Bildung, ediert von der Bundeszentrale für politische Bildung<sup>7</sup>, das immerhin über 600 Seiten umfaßt, gibt es tatsächlich 3½ Seiten zum Thema „Besonderheiten politischen Lernens bei Mädchen und Frauen“, geschrieben vom Herausgeber Wolfgang W. Mickel. Natürlich kommt Mickel zu dem Schluß, daß politische Bildung bei den Frauen „die Sozialisationsdefizite ausgleichen“ müsse – Männer haben solche offenbar nicht. Mickel zählt die Verbände auf, die „sich in verstärktem Maße der politischen Defizite der Frauen annehmen“<sup>8</sup>, versäumt es aber, solche Institutionen zu benennen, die sich der Sozialisations- und Politikdefizite von Männern annehmen oder annehmen müßten.

Daß es solche Defizite bei Männern in großem Ausmaß gibt, nehmen vielleicht nur Frauen wahr, wie z. B. Anke Martiny, die ihre unterschiedlichen Erfahrungen in der politischen Arbeit mit Männern und Frauen im Januar dieses Jahres folgendermaßen formulierte: „Was mir aber immer am meisten aufgefallen ist und auch meinem Arbeitsstil am meisten entsprach, war die Sachorientie-

rung der politischen Arbeit bei Frauen. Ich weiß nur wenige Beispiele, daß Frauen bei politischen Fragen etwa nicht beim wichtigeren Problem, bei der dringenderen Notwendigkeit angesetzt hätten. Hingegen kenne ich zahllose Fälle, in denen männliche Politiker ihre persönlichen Eitelkeiten und Vorlieben durch politische Sachargumente mehr oder minder elegant verhüllten. Häufig maßen sie die vermutliche Richtigkeit einer Aussage von anderen Menschen an deren Besoldungsstufe und räumten – unabhängig von dem anstehenden Problem – der „höheren Charge“ einen prominenteren Interviewer, einen besseren Sendeplatz oder mehr Redezeit ein. Fast immer habe ich Frauen als unabhängiger von Insignien und Ritualen der Macht erlebt.“<sup>9</sup>

Genau das kennzeichnet auch den öffentlichen Diskurs in der politischen Bildung. Die vermutete Richtigkeit von Aussagen wird offenbar eher an der Besoldungsstufe oder der Position in wissenschaftlichen Hierarchien gemessen. Die Beziehung zur Praxis hat hingegen kaum Bedeutung; keine Rolle spielt offenbar auch, daß mittlerweile jüngere WissenschaftlerInnen an den Universitäten sich auf eine produktiv neue Art mit der Frage von Theorie und Praxis der politischen Bildung befassen.

Festzuhalten bleibt aber, daß auch die Praktikerrinnen Anregungen und Hilfen durch Veröffentlichungen zu politischen Themen oder zur politischen Bildung für ihre Arbeit erwarten, diese aber in den seltensten Fällen finden und an dem Wust der normativ-philosophisch orientierten, praxisfernen Veröffentlichungen verzweifeln.

Vielleicht wäre es tatsächlich an der Zeit, diese ganze männerinteressengesteuerte, intellektuelle Selbstbefriedigung als Satire aufzufassen und nicht mehr ernst zu nehmen. Die Autorin dieses Beitrags ist aufgrund ihrer negativen Erfahrungen jetzt dazu übergegangen, bei entsprechenden Angeboten Verlagen schlicht mitzuteilen, daß sie im Rahmen der politischen Bildung nicht mehr bereit ist, Sammelbände anzukaufen, deren Beiträge zu mehr als 80–90 Prozent von männlichen Autoren stammen. Wer tagtäglich beim Kontakt mit Wissenschaftlerinnen erfahren muß, wie gering ihre Chancen sind, in die Männernetzwerke einzusteigen, muß den Zitier- und Veröffentlichungskartellen der Männer zwangsläufig die unbesehene Unterstützung verweigern.

6 Bernd Janssen, Lehr- und Lernwege für den Politikunterricht, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). Erfahrungsorientierte Methoden der politischen Bildung (Anm. 3), S. 63.

7 Vgl. Wolfgang W. Mickel/Dietrich Zitzlaff (Hrsg.), Handbuch zur politischen Bildung, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 264, Bonn 1988.

8 Ebenda, S. 191.

9 Anke Martiny, Einfach anders als die Männer, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 3. Januar 1992.

---

## II. Die soziale Machtbasis des Männerdiskurses

---

In der politischen Bildung zeigen sich die gleichen sozialen Phänomene wie in der Wissenschaft, denn sie sind offenbar mit den gewachsenen Strukturen der Männerherrschaft in den Universitäten eng verknüpft. Auf der einen Seite sind – so zeigen es jüngste Untersuchungen – die vielen Männer, die seit Jahrzehnten Lehrstühle oder vergleichbare Positionen innehaben, die in den Redaktionen sitzen, Zitierkartelle aufgebaut haben und schreiben, schreiben, schreiben und die in vielen Fällen eine innovative Lehre, das Sich-um-Menschen-kümmern und selber noch etwas Dazulernen, aufgegeben haben. Auf der anderen Seite gibt es immer mehr Frauen, die in täglicher praktischer Arbeit sich um die Dinge kümmern, über deren defizitären Zustand die Herren Wissenschaftler lediglich Theorien formulieren.

Wie schwer es ist, solche inneruniversitären Strukturen und das Verhalten der Etablierten zugunsten der Frauen oder einer wirklich ernstgenommenen Lehre zu verändern, ist aus vielen Veröffentlichungen bekannt. So erschien schon im Jahre 1982 in der Beilage zum „Parlament“<sup>10</sup> ein Beitrag über Frauen in Forschung und Lehre. Es ist „faszinierend“, zehn Jahre später festzustellen, daß trotz aller Frauenförderungsprogramme und Gleichstellungsbeauftragten die Klagen über die Situation der Frauen an den Universitäten auch heute noch die gleichen sind wie damals. Die Statistiken belegen, daß sich an der Situation der Frauen in der Wissenschaft nicht allzuviel verändert hat – wiederum ein Beleg für die Starrheit männerdominierter Machtstrukturen.

Auch in der politischen Bildung sind – wie in der Wissenschaft – Frauen auf allen Ebenen nicht nur graduell, sondern massiv in ihren beruflichen Chancen benachteiligt. Auf eine Anfrage bei den Institutionen der politischen Bildung erhielt ich die Auskunft, daß nur etwa 25 Prozent der dort tätigen, festangestellten Dozenten Frauen seien. Überdies sind die meisten Frauen nur als Honorarkräfte in den Bildungsstätten, Akademien und Volkshochschulen tätig und schon wegen dieser sozialen Benachteiligung in die schreibenden Seilschaften auch nicht mit einbezogen.

Die begehrtesten Jobs in der politischen Bildung sind die Direktorenposten der Landeszentralen

---

10 Vgl. Sigrid Metz-Göckel u. a., Arbeitsplatz Hochschule: Frauen in Forschung und Lehre, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/82.

und der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Folge der beschriebenen Männer- und Politikorientierung ist: Zur Zeit gibt es beispielsweise unter zehn Direktoren der Landeszentralen in den alten Bundesländern nur zwei Frauen<sup>11</sup>, unter den benannten bzw. designierten Leitern in den neuen Bundesländern ist keine, im Dreierdirektorium der Bundeszentrale auch nicht. Nun könnte man mit dem Argument kommen, daß weniger Frauen sich für die Tätigkeit in der politischen Bildung interessieren. Das ist aber nicht der Fall, denn gerade bei den vielen freien und finanziell nicht immer gut abgesicherten Trägern gibt es eine Vielzahl von hochkompetenten Frauen, die dort tätig sind, weil Frauen offenbar nur dort Chancen haben, wo die soziale Absicherung und das Einkommen minimal sind.

Der Grund dürfte außerdem noch ein anderer sein: Zum einen ist da die lange Tradition eines Verständnisses von Politik als Männersache und zum anderen die Tradition – gut zementiert durch die schreibenden „Experten“ –, die Geschlechtszugehörigkeit der Adressaten der politischen Bildung nicht nur zu vernachlässigen, sondern fast ausnahmslos nur männliche Adressaten im Auge zu haben. Sabine Zurmühl<sup>12</sup> kritisierte dies schon vor zehn Jahren. „Bei der Neuformulierung der emanzipatorischen Ziele politischen Unterrichts nach 1968, bei der grundsätzlichen Sensibilisierung der Didaktik für gesellschaftliche Zwänge, wurden Mädchen und Frauen schlicht vergessen.“<sup>13</sup> Ist die Eindeutigkeit dieser Feststellung der Grund dafür, weshalb die „Zunft“ diese bemerkenswerte Kritik von Sabine Zurmühl so gut wie nie zitiert?

Ein weiterer Grund der Frauendiskriminierung liegt sicherlich auch darin, daß Politikwissenschaftler (ein männerdominiertes Studium) seit etwa zwanzig Jahren nicht mehr so leicht eine ihrem Studium und ihren Statusvorstellungen gemäße Anstellung finden – mit der Folge, daß sie, mit oder ohne Ellenbogen, in die politische Bildung drängen. Dazu kommen Bemühungen, die Landeszentralen und die Bundeszentrale für politische Bildung „ausgewogen“ zu besetzen, d. h. die männerdominierten Parteien hatten und haben das letzte Wort bei der Auswahl der festangestellten Referenten. Da sich immer ein in der Politik gescheiterter Kollege findet, der gerade einen passenden Job braucht und für die politische Bildung „eh qualifiziert“ ist, weil er ja – wie auch immer –

---

11 Daß dies jeweils Leiterinnen sehr kleiner Landeszentralen sind und *alle* großen von Männern geleitet werden, kann da eher als Marginalie gelten.

12 Sabine Zurmühl, Frauen, in: Wolfgang Northemann/Hanns-Friedrich Rathenow (Hrsg.), Neue didaktische Modelle, Berlin 1981.

13 Ebenda, S. 10.

Parteipolitik betreibt oder betrieben hat, gelingt den Frauen nur selten der „Einbruch in die Männerwelt“<sup>14</sup>.

Die Parteien sind aber auch mit den großen Stiftungen verbunden, die sich ebenfalls schwerpunktmäßig mit politischer Bildung befassen; daher tragen Seilschaften und Machtaffinitäten auch dort mit dazu bei, daß bis heute so wenig Frauen in der politischen Bildung fest angestellt sind. Berücksichtigt man, daß die parteinahen Stiftungen zur Zeit allein aus dem Bundesetat rund 550 Millionen Mark kassieren<sup>15</sup>, so wird nachvollziehbar, daß bei „Beutezügen“ solcher Größenordnung unter den geschilderten Bedingungen Frauen auf der Strecke bleiben müssen.

Es ist also festzuhalten, daß Frauen selten in den gesicherten Positionen sind, in denen sie die Möglichkeit haben, am Diskurs über Theorie und Praxis der politischen Bildung teilzunehmen. Es gibt aber noch weitere Gründe dafür, daß Frauen an diesem Diskurs nicht partizipieren und auch nicht von ihm profitieren. Damit kommen wir zu einem der gravierendsten allgemeingesellschaftlichen Probleme, das in der politischen Bildung die ohnehin schon reichlich vorhandenen Schwierigkeiten der Vermittlung unnötig noch weiter verschärft: das Thema „Sprache und Kommunikation“ bzw. die Verhinderung von Kommunikation – und damit die Verweigerung von Partizipation und Erkenntnis – durch eine hermetisch abgeschlossene Fachsprache.

---

### III. Sprache und Kommunikation in der politischen Bildung

---

Gerade in der Literatur zur politischen Bildung finden sich Sätze, die man zu einer faszinierenden Zitatensammlung zusammenstellen könnte. Um in den Kreis der ernstzunehmenden Wissenschaftler aufgenommen zu werden, ist man offenbar gezwungen, Titel von Büchern sprachlich zu überhöhen, zum Beispiel: „Interesse und Konsensus. Zur Rekonstruktion und Begründung normativ-kritischer Elemente neo-pluralistischer Demokratietheorie.“<sup>16</sup>

Es ist überhaupt kein Problem, in der entsprechenden Literatur haufenweise solche prätentiosen und

---

14 Martina Muckli, Einbruch in die Männerwelt? Chancen und Restriktionen einer Veränderung von Politik durch Frauen am Beispiel der GAL-Frauenfraktion in Hamburg, Hamburg 1990.

15 Vgl. Der Spiegel, Nr. 51/1991.

16 So ein Buchtitel von Peter Massing, Opladen 1979.

für „Nichteingeweihte“ unverständlichen Aussagen zu finden. Wenn man sich genügend Zeit nimmt, sie zu durchdenken, sind sie leicht auf Binsenweisheiten zurückzuführen. Zum Beispiel: „Bei den Aussagen der Politikdidaktik handelt es sich um Konstrukte des menschlichen Geistes, die in diskursiver Kommunikation entwickelt werden; notgedrungen kann es sich dabei nur um phasenweise hypothetische Gebilde handeln. Ihr Gegenstand ist ein spezifischer Ausschnitt aus der Alltagswirklichkeit, der sich als Bündel von widersprüchlichen Erscheinungen angesichts objektivierbarer Wesensgesetze konstituiert. Theorie und Praxis sind dabei zweifach dimensioniert.“<sup>17</sup> Auf gut deutsch: Politikdidaktik entsteht durch Diskussion, sie lebt von Annahmen, obwohl sie vorgibt, sich mit Alltagswirklichkeit zu beschäftigen. Außerdem glaubt sie an Gesetzmäßigkeiten. Oder: „Durch die explizite Inbeziehungsetzung zur Demokratie wird das Verständnis der politischen Praxis substantiell – und bleibt politische Bildung auch rückbezogen auf den ursprünglich politisch-normativen Ausgangspunkt der Politologie.“<sup>18</sup> Letzter Satz will heißen: Politik versteht man besser, wenn man sie auf die Demokratie bezieht. Politische Bildung und Politikwissenschaft bleiben den demokratischen Werten verpflichtet, wenn man sie auf Demokratie bezieht.

Deutlich wird bei dem Versuch, solche Blüten wissenschaftlicher Didaktik-Terminologie in eine verständliche Sprache zu übersetzen, daß es sich im Prinzip um Allgemeinplätze handelt. Es ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß diese Art wissenschaftlicher Sprache einerseits eine Grenzziehung darstellt zwischen wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Publikum, zum anderen aber auch eine Barriere aufbaut gegenüber denjenigen, die nicht in diese Macht-hierarchien der patriarchalischen Gesellschaft mit einbezogen sind. Hier symbolisiert Sprache Herrschaft und Herrschaftswissen ausgerechnet in einem Fachgebiet, das Herrschaft durchsichtig und erklärbar machen und damit zum Abbau unlegitimierter Herrschaft beitragen sollte.

Dort, wo Sprache so herrschaftlich einherstolziert, ist meist auch ein ähnlicher Umgang mit der Theorie vorzufinden. Theorie ist in diesem Verständnis nicht nur das A und O, von dem aus politische Bildung gedacht wird; dem/der Praktiker/in der politischen Bildung wird zudem noch unterstellt, nur

---

17 Bernhard Claußen, Bemerkungen zum Verhältnis von Theorie und Praxis in Politikdidaktik und politischer Bildung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Zur Theorie und Praxis der politischen Bildung, Schriftenreihe, Band 290, Bonn 1990, S. 277.

18 Ders., Politologie und politische Bildung, in: ebenda, S. 354.

unter Anleitung solcher Wissenschaftler die Theorie lernen und in der Arbeit umsetzen zu können. Die sogenannte Theoriefeindlichkeit der PraktikerInnen der politischen Bildung in den Augen solcher Theoretiker ist aber realiter meist nur die Folge eines kritischen Umgangs mit unbrauchbarer, wissenschaftlich (meist nur sprachlich) überhöhter und akademisch verklausulierter Theorie. Aus der Sicht dieser Universitätswissenschaftler ist das Defizit an solcher Theorie bei den PraktikerInnen nur zu beseitigen, indem man die Universitätswissenschaft der Politikdidaktik mit Geld und Personal besser ausstattet<sup>19</sup>. Daß eine Ausbildung der politischen BildnerInnen zur selbständigen Verarbeitung brauchbarer Theorie nötig ist, ist keine Frage – gute politische BildnerInnen haben das auch gelernt. Mehr Geld und Personal für den Wissenschaftsbereich würde aber nur die bereits bestehenden verkrusteten Strukturen verstärken. In mangelndem Geld liegt ganz offenkundig nicht die beschriebene Misere.

Daß mangelnde Sprachkompetenz kein Grund für die Distanz und das tatsächliche Nichtvorhandensein von Frauen in dieser Art der öffentlichen Kommunikation ist, dürfte aufgrund der vielfach vorliegenden Belege und Untersuchungen über die höhere Sprachkompetenz von Mädchen gegenüber Jungen und das bessere Abschneiden von Abiturientinnen in den Fächern, in denen es auf eben diese Kompetenz ankommt, längst klar sein. Daß Frauen diesen wissenschaftlich verklausulierten Stil durchaus auch beherrschen, zeigen sie allenthalben zwangsläufig in Anpassung an diesen Stil bei ihren wissenschaftlichen Veröffentlichungen, weil er die Bedingung ihres praktischen Erfolges ist. Sie zeigen das sogar in den vielen Publikationen der Frauenforschung, die ja auch „ernst“ genommen werden will. Frauenforschung als ein Teilbereich der Wissenschaft ist zwar inzwischen an Universitäten etabliert, aber selbst deren wichtigste Ergebnisse werden offenbar noch nicht überall registriert, viel weniger akzeptiert.

Ein Grund dafür ist sicherlich auch in folgender Tatsache zu suchen: Die meisten Bücher der Frauenforschung sind in kleinen Verlagen erschienen, teils im Selbstverlag, vieles existiert nur als „graue“ Literatur. Vergleicht man den Status der im Wissenschaftsbereich veröffentlichenden Frauen, so ist feststellbar, daß nur ein kleiner Prozentsatz dieser Frauen in festen, eher höherrangigen Positionen ist.

Die typische berufliche Situation von Frauen, die in diesen Verlagen zu Frauenthemen oder dem Thema „Gleichheit/Differenz“ schreiben, ist eher

19 Vgl. B. Claußen, Anm. 17, S. 281.

folgende: Die Frau ist Sozialwissenschaftlerin, freie Publizistin und Autorin; ihre Schwerpunktthemen sind: Feminismus, neue soziale Bewegungen, Außen- und Sicherheitspolitik als friedenspolitisches Problem, Umweltpolitik. Da erstaunlich viele dieser Frauen sich sogar als freie Autorinnen durchs Leben schlagen, wird deutlich, daß das Fehlen einer gesicherten Position, aus der heraus sie schreiben könnten, sicherlich nicht auf die mangelnde Sprachbeherrschung zurückzuführen ist. Sonst könnten sie von dieser Tätigkeit nicht einmal in Ansätzen ihre Existenz fristen.

Amerikanische Untersuchungen belegen, daß Frauen aufgrund ihrer anderen Sozialisationsbedingungen bei intellektuellen Auseinandersetzungen in besonderem Maße Bestätigung und Ermunterung brauchen<sup>20</sup>. Wie aber sollen sie Bestätigung und Ermunterung erhalten, wenn sie im offiziellen wissenschaftlichen Diskurs entweder nicht zu Worte kommen oder totgeschwiegen werden?

Ich habe bei meinen Recherchen zum Thema „Frauen und politische Bildung“ nicht ein einziges Mal die Erwähnung auch nur der herausragendsten und inzwischen allgemein anerkannten Veröffentlichungen von Frauen aus diesem Forschungszusammenhang gefunden. Weder Elizabeth Aries noch Christel Neusüss, Karin Hausen, Annette Kuhn oder Carol Gilligan – um nur einige von vielen zu nennen – werden zur Kenntnis genommen. Ich kann mir das nur dadurch erklären, daß die intellektuelle Perspektive der Frauenforschung, ihr Versuch, „entfremdeten, entsubjektivierenden Wissenschaftsstandards lebendige, ganzheitliche und qualitative Methoden und Perspektiven gegenüberzustellen“<sup>21</sup>, bei den meisten Wissenschaftlern tiefsitzende emotionale Ängste auszulösen scheint. Wird doch sonst auch die abwegigste oder versteckteste Publikation bibliographiert, da sonst der „Standard“ als nicht erreicht gilt.

Hauptproblem der Verarbeitung solcher Forschungsergebnisse durch Männer scheint zu sein, daß sie dann ihre eigene Rolle nicht mehr als von Natur aus gegeben und ihre eigenen Positionen nicht mehr als a priori rational verstehen können. Das immanente Gefühl – unausgesprochen und vielleicht nicht immer tatsächlich bewußt –, daß man zur eo ipso besseren Hälfte der Menschheit

20 Vgl. M. F. Belenky/B. M. Clinchy/N. R. Goldberger/J. M. Tarule, Das andere Denken: Persönlichkeit, Moral und Intellekt der Frau, Frankfurt–New York 1989; Senta Trömel-Plötz, Gewalt durch Sprache. Die Vergewaltigung von Frauen in Gesprächen, Frankfurt 1989.

21 Eva Koch-Klenske, Die Theorien zum Klingen bringen. Über Subjektivität, Selbsterfahrung und Selbstreflexion in der feministischen Theorie, in: Christine Eifler (Hrsg.), Ein bißchen Männerhaß steht jeder Frau, Berlin 1991, S. 182.

gehört, kann dabei wohl allzu leicht ins Wanken geraten. Männliche Dominanz ist dann offensichtlich nicht mehr durch Leistung und Qualität legitimiert, sondern zumeist durch Tradition und Macht. Männlich dominierte Lehre versteht sich dann nicht mehr als freier und gleichberechtigter Diskurs, sondern als Selbstdarstellung und Belehrung; „Objektivität“ und „Rationalität“ erweisen sich in Wahrheit als soziale Normierung und damit als angreifbar unter dem Gesichtspunkt von Gleichheit und Gerechtigkeit. Aggressive Reaktionen derart traditionsgebundener Männer auf die Ergebnisse der Frauenforschung sind oft mit diesem Hintergrund zu erklären – stellen sie doch das positive Leitbild und den darin enthaltenen und gläubig vertretenen demokratischen Anspruch heftig in Frage.

---

#### IV. Frauenspezifisches Denk- und Lernverhalten

---

Frauenperspektiven und Frauenrationalität sind sicherlich weitgehend sozialisationsbedingt. Wenn man aber neuesten wissenschaftlichen Untersuchungen der Gehirnforschung trauen darf, so ergibt sich auch aus den festgestellten Unterschieden in der Struktur männlicher und weiblicher Gehirne ein grundsätzlicher Unterschied in der Art des Denkens: „Männer neigen mehr zum analytischen Denken, zum Herausziehen des Wesentlichen, Frauen nehmen mehr das Gesamtbild auf... Männer konzentrieren sich aufmerksamer auf einen engen Bereich von Punkten und haben damit eine Prädisposition für Probleme, die analysiert und in Fächer eingeteilt werden können, während Frauen eher dazu neigen, ein Problem in seiner ganzen Vielschichtigkeit ‚in sich aufzunehmen‘ als es an bestimmten Schlüsselstellen zu ‚attackieren‘.“<sup>22</sup>

Diese unterschiedliche Wahrnehmung wird auch bei den Veröffentlichungen aus der Frauenforschung deutlich, wenn es um grundsätzliche Auseinandersetzungen zum Thema „Individuum und Gesellschaft“ geht. Frauen beziehen häufig eigene Erfahrungen und eigene Betroffenheit mit ein, sind sogar in der Lage, eigene Fehleinschätzungen ideologischer Art offen zuzugeben und diese zu analysieren<sup>23</sup>, was bei männlichen Wissenschaftlern äußerst selten der Fall ist.

22 Anne Moir/David Jessel, *Brainsex. Der wahre Unterschied zwischen Mann und Frau*, Düsseldorf-Wien-New York 1990, S. 233.

23 Vgl. Edith Landowicz, *Privates im Politischen oder vom Politischen zum Privaten*, in: Chr. Eifler (Anm. 21), S. 24.

Viele Frauen lassen sich auch nur dann von Theorien faszinieren, wenn diese auf ihre eigenen inneren Fragen Antworten versprochen<sup>24</sup>. Daß sie daher unter den männlich-akademischen Ritualen und der erstarrten, ritualisierten Präsentation von Inhalten leiden, ist vorstellbar; vorstellbar ist auch, daß deshalb z. B. vergleichsweise weniger Frauen promovieren als Männer. Bis auf die „Spielwiesen“, die die Universitäten mittlerweile für die Frauenforschung eingerichtet haben, ist es ja nach wie vor so, daß die Geschlechterdifferenz weder in den wissenschaftlichen Arbeitsweisen, noch in den Inhalten, noch in der Organisation des Studiums berücksichtigt wird<sup>25</sup>. Hinzu kommt, daß auch Studentinnen, also Vertreterinnen der Bildungsschichten – und diese Erfahrungen sind natürlich auch auf die politische Erwachsenenbildung übertragbar – oft Mühe haben, eigenständig zu argumentieren oder ihren eigenen Argumenten zu vertrauen. Wie die Literatur zur politischen Bildung gibt auch die Wissenschaft sich „objektiv“: „Die Hochschullehrenden tun so, als verfügten sie über gültige Wahrheitskriterien, um die Welt zu beurteilen... Die Sachverhalte jedoch, die verhandelt, und die Wahrheitskriterien, die formuliert werden, sind in der Regel so geschichtsfremd und erfahrungsfremd, daß es schwer ist, dem selbständig eigene Vorerfahrungen, Empfindungen und kritische Einwände entgegenzuhalten.“<sup>26</sup>

An dieser Stelle wird ein entscheidendes Problem deutlich: Wenn diese Aussage auch nur annähernd stimmt, sind Frauen auch intellektuell in einer extrem schlechten Position. Die Definitionsmacht über die wissenschaftliche wie politische Wahrheit haben Männer mit hohem Status und in dem je eigenen Aktionsfeld auch mit hoher Reputation. Frauen sind in untergeordneten sozialen Positionen und ohne Rückhalt in der jeweiligen Fachwelt. Wie sollten sie die Realitätsferne akademischer Wissenschaft gegen diese Autoritäten glaubhaft machen, wenn sie zudem noch emotional nicht stabil genug sind, den Kampf gegen diese falschen Autoritäten aufzunehmen, ja eher darauf angewiesen sind, von eben solchen Autoritäten ermutigt zu werden? Ein Teufelskreis! Genau das ist das Problem vieler Frauen in der politischen Bildung – und gelegentlich auch von Männern.

Ein Grund für die unbewegliche und intransigente Haltung der meisten Wissenschaftler Frauen gegenüber liegt darin, daß sie wissenschaftliche und auch schöne Literatur außerhalb

24 Vgl. E. Koch-Klenske (Anm. 21).

25 Vgl. grundsätzlich dazu: Karin Hansen/Helga Nowotny, *Wie männlich ist die Wissenschaft?*, Frankfurt 1986.

26 Regina Becker-Schmidt/Gudrun-Axeli Knapp, *Geschlechtertrennung-Geschlechterdifferenz. Suchbewegungen sozialen Lernens*, Bonn 1987, S. 87.

ihres Fachgebietes kaum oder nicht ernsthaft zur Kenntnis nehmen. Täten sie dieses, so wäre in ihre Überlegungen zumindest eingegangen, daß es breite Forschungsbereiche gibt zum Kommunikations- und Sprachverhalten, auch daß es nur schwer möglich ist, kompetent über Pädagogik und Didaktik für beide Geschlechter zu sprechen, ohne z. B. Klaus Teweleit gelesen, ohne Peter Weiss' „Ästhetik des Widerstands“ verarbeitet und ohne die Studien von Sarah Kirsch, Irmtraud Morgner, Christa Wolf zum Thema Geschlechtsumwandlung (Frauen werden in Männer verwandelt und machen andere soziale Erfahrungen) rezipiert zu haben. Die Liste ließe sich fortsetzen und auch mit Titeln füllen, die vielleicht nicht sogleich als Provokation aufgefaßt werden.

Für Frauen besteht also der Eindruck, daß Selbstreflexion und Infragestellung der eigenen, eintrainierten Denk- und Verhaltensweisen etwas ist, was männliche Wissenschaftler offenbar zutiefst verängstigt und verunsichert. Wie die Autorin anläßlich der Tagung „40 Jahre politische Bildung in der Demokratie“ ausführte, werden soziale Wirklichkeit und gesellschaftliche Probleme von Frauen anders interpretiert und wahrgenommen als von Männern, weil sie eine andere Disposition dafür haben und anderen Sozialisationsbedingungen unterliegen als Männer<sup>27</sup>. So treffen Frauen häufiger in ihrem Leben auf Autoritäten, die ihre Macht mißbrauchen. Ein zur Zeit viel diskutiertes Beispiel ist der sexuelle Mißbrauch. Nach Untersuchungen des amerikanischen Sozialwissenschaftlers Perry standen Frauen Autoritäten zwar ebenso ehrfürchtig gegenüber wie Männer, identifizierten sich aber weniger mit ihnen. Frauen, gerade auch intelligente Frauen, haben aber nicht nur Mühe, ihren eigenen Argumenten zu vertrauen, sondern trotz eines hohen Bedürfnisses nach Bestätigung auch Schwierigkeiten, einem Lob zu glauben, wenn es von einem Mann kommt – vermutlich, weil sie sich über die Ehrlichkeit seiner Motivation nicht im klaren sind<sup>28</sup>.

Falls die amerikanischen Untersuchungen auch für Frauen im europäischen Kulturkreis relevant sind – was naheliegend ist –, so müssen auch noch folgende Erkenntnisse berücksichtigt werden:

1. Große Gruppen von Frauen sind gekennzeichnet durch ein Denken, das eher auf der Überzeugung aufbaut, zuverlässiges Wissen komme aus der persönlichen Erfahrung.

27 Vgl. Helga Kutz-Bauer, Diskriminierung von Frauen in der politischen Bildung, in: Vierzig Jahre politische Bildung in der Demokratie, Dokumentation, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1990, S. 176 ff.

28 Vgl. ebenda, S. 178 f.

2. Frauen neigen dazu, anderen in einer kontrovers geführten Diskussion Verständnis entgegenzubringen, nicht aber sie zu verurteilen.

3. Bei moralisch problematischen Entscheidungen richten sich Frauen – nach Untersuchungen von Carol Gilligan<sup>29</sup> – eher nach anderen Auffassungen, Begriffen und Verfahren als Männer. Während letztere sich zumeist auf abstrakte Gesetze und Prinzipien verlassen, machen Frauen ihre Entscheidung auch von den besonderen Erfahrungen abhängig, die jede(r) Beteiligte in die konkrete Situation einbringt.

Diese auffallenden Differenzen im Denken, Sprechen und Verhalten von Frauen und Männern bestätigt auch der „Lohausen-Versuch“. Hier bildeten die Versuchspersonen eine Kontrollgruppe, eine Strategiegruppe und eine Taktikgruppe. Die Strategie- und die Taktikgruppe wurden in der Anwendung bestimmter Prozeduren unterrichtet, insbesondere wurden der Strategiegruppe Begriffe wie System, positive Rückkopplung, kritische Variable usw. beigebracht. Die Versuchspersonen der Taktikgruppe wurden in einem Verfahren zur Entscheidungsfindung unterrichtet. Eine weitere Gruppe absolvierte lediglich ein „Kreativitätstraining“. Letztere waren im Gegensatz zu den anderen Gruppen der Meinung, daß ihnen das Training nicht besonders viel geholfen habe. Dann wurden aber die tatsächlichen Leistungen der drei Gruppen evaluiert, und es stellte sich heraus, daß es in dieser Hinsicht überhaupt keine Unterschiede gab<sup>30</sup>. Dörner, bei dem dieser Versuch geschildert ist, ist der Meinung, daß die positive Einstellung der Personen der ersten beiden Gruppen dadurch zustande kam, daß sie so etwas wie eine „Verbalintelligenz“ des Handelns in komplexen Bereichen gewonnen hätten<sup>31</sup>. Sie konnten mit vielen schönen neuen Begriffen über ihr Denken und Tun und über die jeweiligen Probleme reden. Ihr Tun blieb aber von diesem Zugewinn an Eloquenz ganz unbeeinflusst. Das heißt, Erlernen von Verbalintelligenz erhöht auch das Selbstbewußtsein. Da aber Frauen aufgrund ihres kooperativen Sprachstils kritischer gegenüber Leerformeln und Sprachhüllen sind, fallen sie nicht nur im Wettbewerb mit den Wortkünstlern zurück, sondern werden wahrscheinlich auch nur wenig und nicht dauerhaft von der oben konstatierten Erhöhung des Selbstvertrauens profitieren.

Mehr Erfolg versprechen daher Ansätze, die an frauenspezifischen Gesprächsformen bzw. an dem im „Lohausen-Versuch“ durchgeführten Kreativi-

29 Vgl. Carol Gilligan, Die andere Stimme, München 1984.

30 Vgl. Dietrich Dörner, Die Logik des Mißlingens, Hamburg 1989, S. 303.

31 Vgl. ebenda, S. 304.

tätstraining ansetzen. Erfahrungen im Bereich der Frauen- und Familienbildung sprechen dafür<sup>32</sup>. Daß kirchliche Bildungsstätten und eher alternative Bildungsträger, die beide solche Formen der Kommunikation bevorzugen, gerade bei Frauen auf überproportionalen Zuspruch stoßen, spricht ebenfalls dafür. Darauf soll im Kap. VI dieses Beitrags eingegangen werden.

Es ist aber nicht nur die Sprache, sondern auch die sowohl im Wissenschaftsprozess wie in den Theorien der politischen Bildung immer wieder postulierte „Objektivität“, die für Frauen und auch für andere Teile der Bevölkerung ausgrenzend wirkt. Die patriarchalische Wissenschaft an den Universitäten setzt ihr eigenes Objektivitätsverständnis als selbstverständlich voraus – die kritischen Gesellschaftstheorien sind längst in den Hintergrund gerückt. Vor Jahren schon konnten die Autorinnen des Sammelbandes „Wie männlich ist die Wissenschaft?“<sup>33</sup> nachweisen, daß bei der Urteilsbildung, insbesondere zum weiblichen Geschlecht, Männer geschlechtsspezifische Selektion von Themen und Schwerpunkten betreiben sowie ihre Überlegenheit erhalten und weiter ausbauen, indem sie ihr Denken zum „Allgemeinmenschlichen“ erklären und damit die eigene Geschlechtsgebundenheit leugnen bzw. gar nicht zu erkennen vermögen<sup>34</sup>.

Die Frauenforscherinnen klagen daher Subjektivität beim Wissenschaftsprozess ein, ja sie fordern die etablierte Wissenschaft heraus, der Dialog wird aber verweigert. Gelegentlich setzen sich natürlich Einzelkämpferinnen durch, aber unter enormen persönlichen Kosten. So beschreibt eine jetzt als freie Publizistin und freiberufliche Frauenbildnerin tätige Politikwissenschaftlerin ihren Weg: „Ich promovierte . . . und ich tat es fast trotzig gegen die klassischen Standards der Objektivität, Wertfreiheit und Allgemeingültigkeit . . . Ich wollte mit dem Erwerb theoretischer und analytischer Kompetenzen nicht einfach mein akademisches Qualifikationsprofil verbessern, mich in Konkurrenz begeben, sondern die Theorien in mir selbst zum Klingen bringen. Ich vermochte nicht, mich auf jenes akademische Ritual einzulassen und ein Thema zu wählen, das allenfalls mein intellektuelles Interesse hervorgerufen hätte, ohne mich emotional zu durchdringen. Die Theo-

rien faszinierten mich nur dann, wenn sie auf meine eigenen inneren Fragen Antworten versprachen.“<sup>35</sup>

Aus dieser Haltung von Frauen – insbesondere auch von vielen Wissenschaftlerinnen – kann aber auch rückgeschlossen werden, daß es Frauen als Lehrenden durch ihre andere Vorgehensweise leichter fallen dürfte, jungen Menschen oder benachteiligten Personengruppen den Zugang zu wissenschaftlichen oder politischen Themen zu ermöglichen. Das gilt auch für die Veröffentlichungen, die für solche Gruppen – und nicht nur für solche – gedacht sind. Trotzdem aber gibt es noch weitere Hindernisse.

---

## V. Inhalte und Rituale von Politik und politischer Bildung als fremdes und feindliches Terrain für Frauen

---

Die Frauenbewegungen, schreibt Ute Gerhard, gelten in der neuzubildenden Ordnung in Europa „als Motoren der Verunsicherung“<sup>36</sup>. War doch auch die Abtreibungsfrage diejenige, die bei der Einigung der beiden deutschen Staaten letztlich die einzige formal und inhaltlich ungelöste blieb. Ist es doch offenbar möglich, z. B. die Geschwindigkeitsbegrenzung für Autos unter im wesentlichen technokratischen Gesichtspunkten zu diskutieren, ohne die dabei doch offensichtlich ebenso damit zusammenhängenden moralischen Grundsätze des Lebensschutzes zu erörtern, nicht aber die Frage der Abtreibung. Wenn man Monika Maron zustimmt, die schrieb, die „Abwesenheit der Frauen in den Parlamenten habe die gleiche Ursache wie das juristische Interesse der Männer an ihren Körpern“<sup>37</sup>, so ist das Männerinteresse am Abtreibungsthema wohl doch mehr eine Frage der patriarchalischen Strukturen und Machtverhältnisse und einer wie auch immer begründeten Männermoral, als eine Frage allgemeingültiger ethischer Grundsätze.

Wenn sich die politische Bildnerin mit dieser Frage befaßt, kann sie sich sehr schnell den Vorwurf des Verstoßes gegen den sogenannten „Beutelsbacher Konsens“ einhandeln, falls sie nur die politischen Positionen von der CDU bis zu den GRÜNEN referiert – so geschehen anlässlich einer Veröffentlichung durch die Landeszentrale

32 Vgl. Susanne Friedburg, Veränderung des Selbstwertgefühls bei Frauen in der Erwachsenenbildung, dargestellt am Beispiel zweier Kurse in der Familienbildungsstätte, Diplomarbeit Pädagogik, Universität Hamburg 1987, MS.

33 Vgl. K. Hansen/H. Nowotny (Anm. 25).

34 Diese Überlegungen wurden von Helga Foster anlässlich einer Jahrestagung der Landeszentralen für politische Bildung im Juni 1989 vorgetragen. Konsequenzen wurden bisher nicht daraus gezogen, das Thema „Frauenbildung“ noch nicht wieder behandelt.

35 E. Koch-Klenske (Anm. 21), S. 172.

36 Ute Gerhard, Schlechte Zeiten in Europa für die Frauenemanzipation, in: Frankfurter Rundschau vom 23. 12. 1991.

37 Zitiert bei Ute Gerhard, ebenda.

für politische Bildung in Hamburg unter dem Titel „Kontrovers-Aktuell: § 218“. Wird doch in einem solchen Falle die Außerachtlassung zusätzlicher theologischer Positionen schon als Indoktrination gewertet. Bei Auseinandersetzungen um allgemeingesellschaftliche Probleme galt und gilt aber die Außerachtlassung von Frauenkonsens oder gar feministischer Positionen nie als einseitig.

Selbst Kuhn und Massing, die sich gegenüber anderen Autoren zur politischen Bildung durch Sensibilität und Offenheit gegenüber neueren Entwicklungen in der politischen Bildung positiv unterscheiden<sup>38</sup>, sprechen unter Hinweis auf den feministischen Slogan „Das Private ist politisch“ von einer grenzenlosen Ausweitung des Politischen. Aus diesem Urteil wird deutlich, daß sie sich mit der diesbezüglichen Literatur nicht befaßt haben. Tatsächlich wird darunter nämlich verstanden, daß das Wertgefüge einer Kultur „öffentliche wie private Bereiche gleichermaßen durchdringt und daß, ungeachtet aller Mythen, gegenwärtig beide Bereiche von ein und demselben Geschlecht beherrscht werden“<sup>39</sup>.

Die Reflexion über solche Zusammenhänge wird im öffentlichen Diskurs über politische Bildung jedoch tunlichst vermieden. Es wird nicht danach gefragt, welche Sprache welchem Thema angemessen sei, vielmehr werden didaktische Methoden verwendet, die aus Schlüsselfragen und Schlüsselbegriffen bestehen, mit deren Hilfe geordnet und strukturiert wird. Sie sind selbstverständliches Handwerkszeug der sie handhabenden Wissenschaftler. Es wird aber selten untersucht, auf welches Vorverständnis und auf welche subjektive Befindlichkeit Methoden und Begriffe bei den Zielgruppen stoßen.

Da der normativ-philosophische Ansatz bei den Autoren der politischen Bildung der vorherrschende ist, degeneriert Sprache bei diesen Autoren zu einer Art Technologiesprache der politischen Bildung, in der Expressivität nicht mehr stattfindet, Personen nicht mehr sichtbar sind und damit letztlich die Sprache auch die Inhalte transformiert. Besonders deutlich wird dies bei einem Autor wie B. Sutor dort, wo er zum Thema „Sprache und Aufgaben“ in bezug auf den „Sprachcharakter von Politik“ Stellung nimmt<sup>40</sup>.

Da werden kategoriale Raster an Wortinhalte in der Sprache der politischen Überzeugung angelegt, der politischen Bildung höchst anspruchsvolle

Aufgaben gestellt, die Interpretation von Sprache und Texten gefordert durch „Ermittlung von Hauptaussagen, Gedankenführung und tragenden Gründen; durch Fragen wie die nach dem situativen Kontext, nach Autor und Adressaten, nach Intentionen und nach formalen Mitteln“<sup>41</sup>. Die eigene Sprache und das eigene wissenschaftliche Vorgehen werden jedoch nicht hinterfragt. Das Buch, erschienen im Jahre 1984, läßt auch schon damals bekannte neuere Ergebnisse zum Kommunikationsverhalten völlig außer acht.

Deutlicher als im Sprachgebrauch wird die wissenschaftliche Voreingenommenheit des Autors jedoch immer dann, wenn er auf Inhalte zu sprechen kommt<sup>42</sup>. Diese sind bei ihm selbst offenbar hoch-emotional besetzt. Interessant ist insbesondere die Haltung Sutors in Themenbereichen, die gerade für Frauen von besonderem Interesse sind. Beispielsweise muß er zwar einräumen, daß Institutionen wie Ehe und Familie nicht absolut gesetzt und als fraglos gegeben vorausgesetzt werden dürfen, doch läßt er keinen Zweifel daran, daß er das Thema „Familie“ am liebsten in den Religions- und Literaturunterricht schieben würde; die Familie erscheint ihm als „das am wenigsten geeignete Sozialgebilde, jedenfalls für Schüler – für Erwachsene stellt sich die Frage anders –, Politik im weiteren Sinne erfahrbar zu machen“<sup>43</sup>.

Dieses Beispiel wird hier deshalb zitiert, weil es geradezu konträr ist zum Bestreben in der Frauenforschung, individuelle Erfahrung von Unterdrückung im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Unterdrückung zu sehen. Es ist auch ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie eine sich durch philosophische Ansätze und Unzugänglichkeit der Sprache objektiv gebende Wissenschaft unerschwinglich ihre Vorurteile verbreitet und zementiert. Unter solchen Prämissen – so habe ich den Eindruck – wirkt nicht nur von den Methoden, sondern auch von den Inhalten her politische Bildung in der althergebrachten Form für Frauen eher abschreckend. Wenn erstens bestimmte Themen, weil sie angeblich „privat“ sind, ausgeklammert werden, schließt man von vornherein auch mögliche Ansätze bei weiblichen Zielgruppen aus; wenn zweitens systemkritische Positionen, wie in Sutors Beispiel der Behandlung des Themas Familie (Kritik der Kleinfamilie), durch einen solchen definitiven Trick unterbunden werden sollen, verletzt man nicht nur den sogenannten Beutelsbacher Konsens, sondern verhindert auch bei diesen Zielgruppen einen offenen Zugang zum Thema.

38 Vgl. Hans-Werner Kuhn/Peter Massing, Politische Bildung seit 1945. Konzeptionen, Kontroversen, Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52–53/90.

39 Marilyn French, Jenseits der Macht. Frauen, Männer und Moral, Hamburg 1985, S. 705.

40 Vgl. B. Sutor (Anm. 2), Bd. I, S. 75.

41 Ebenda, S. 76.

42 So ebenda z. B. zum Sozialstaatsgebot (S. 141) und zum Schweigen des Papstes zur Judenausrottung (S. 151).

43 Ebenda, Bd. II, S. 122.

Im Mittelpunkt einer so verstandenen politischen Bildung stehen dann unpersönliche Standards, in denen die, die darüber schreiben oder lehren, die „objektive“ Verkörperung von Wissen sind und die Adressaten dieses Wissen übernehmen sollen. Die Adressaten sind dann ebenfalls nur noch Objekte. Wenn man die AdressatInnen aber als Subjekt nehmen würde, wenn man sich bemühen würde, doch erst einmal festzustellen: Was wissen sie, wie gehen sie damit um, wie können sie ihr eigenes Wissen weiter entwickeln? – so wäre das nicht nur ein frauengemäßerer, sondern auch ein menschengemäßerer Ansatz als die hochkomplizierten didaktischen Konstrukte, die kaum jemandem helfen. Gerade Frauen und junge Menschen haben am häufigsten Schwierigkeiten, die sprachlich gewandt dargestellten Interpretationen ihrer Lehrer anzuzweifeln. Sie zweifeln, sobald sie den Widerspruch zwischen eigener Erfahrung und autoritativem Wissen wahrnehmen, ihre eigenen Einsichten an: „Du hast die falsche Antwort, die falsche Zeile, das falsche Gesicht...“<sup>44</sup>

---

## VI. Ansatzpunkte für eine politische Bildung für Frauen und Mädchen

---

Wie fruchtbar ein umfassenderer Ansatz und vor allen Dingen eine breitere Kenntnis und praktische Integration sozialpsychologischer wissenschaftlicher Forschung für Überlegungen sein können, wie politische Bildung bisher benachteiligte Schichten ansprechen könnte, oder auch, was an Vorverständnis da sein muß, um an die immer breiter werdenden NichtwählerInnenschichten heranzukommen, zeigen die Arbeiten von Möller und Hurrelmann<sup>45</sup>. Diese Studien unterscheiden sich von dem, was üblicherweise in der politischen Bildung geboten wird, auch durch Klarheit und Präzision der Sprache sowie durch die Art und Weise, wie sie aus ihren Forschungen Konsequenzen ziehen für eine andere Herangehensweise an problematische Zielgruppen.

Wenn Hurrelmann betont, es sei sehr wichtig, „Interesse für die Meinung und Einstellung des jüngeren Gesprächspartners zu zeigen und noch wichtiger, konzentriert zuzuhören“, so hat er einen der Kernpunkte herausgehoben, der in der politischen

---

44 M. F. Belenky u. a. (Anm. 20), S. 126.

45 Vgl. Klaus Hurrelmann, *Wie politisch ist die junge Generation? Ergebnisse von Jugendstudien und Schlußfolgerungen für die politische Bildung*, MS, Bielefeld, November 1991; Kurt Möller, *Geschlechtsspezifische Aspekte der Anfälligkeit für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Frauenforschung*, (1991)3, S. 27 ff.

Bildung gerade für Frauen und Jugendliche doch allzuoft vernachlässigt wird. Gerade für die Haltung der politischen BildnerInnen gegenüber Frauen sollte meines Erachtens der Beitrag von Möller über geschlechtsspezifische Aspekte der Anfälligkeit für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, der teilweise in dieser Zeitschrift referiert wurde<sup>46</sup>, zur Pflichtlektüre werden. Für viele Frauen und Mädchen sind erfolgversprechende Formen politischer Beteiligung nicht nur nicht erkennbar, sondern viele Themen, wie sie in der traditionellen politischen Bildung benannt werden, schrecken sie von vornherein ab.

Doch es sind nicht nur Themen, sondern auch Lebenslagen, die bestimmte Gruppen von Frauen für die traditionelle politische Bildung unansprechbar machen. Wenn die „Partei der Nichtwählerinnen“ – verglichen mit den Wählerinnen – häufiger ein traditionelles Frauenbild vertritt und die Mehrheit der Nichtwählerinnen Politik für eine Männerangelegenheit hält, dann ist es nicht nur Aufgabe der Wahlforscher und der Politikwissenschaftler, über Hilfen nachzudenken, wie diese Frauen Männerpolitik besser verstehen bzw. verändern lernen.

In sozioökonomischen und politischen Konfliktlagen neigen gerade benachteiligte Frauen und Mädchen eben nicht dazu, öffentlich sichtbare Widerstandsformen zu entwickeln, sondern sie ziehen sich zurück; Möller verweist darauf, daß darüber hinaus die Resistenz gegenüber rechtsradikalen Orientierungen in diesen Konfliktlagen zu bröckeln anfängt. Es ist doch auffällig, in welchem Maße sich allerorten Sozialpädagogen und viele andere Institutionen mit Fan-, Hooligan- und ähnlichen Projekten, in denen Skins und andere zur Gewaltbereitschaft neigende Jungengruppen eingebunden werden sollen, beschäftigen. Mädchenarbeit in Häusern der Jugend und vergleichbaren Institutionen in Gruppen unter Leitung von Sozialpädagoginnen hat zwar schon über zehn Jahre lang Tradition. Sehr häufig wird in diesen Gruppen auch gute Beziehungsarbeit geleistet und den Mädchen stabileres Selbstvertrauen vermittelt. Was aber eher selten der Fall ist, ist die Anleitung zu offensiver Interessenvertretung und zum politischen Interesse, in größeren Zusammenhängen etwas für die Verbesserung der eigenen Situation zu tun. Damit findet selbst dort, wo an sich begrüßenswerte pädagogische Arbeit geleistet wird, eine weitere geschlechterspezifische Segmentierung der Gesellschaft und im Extremfall sogar eine Distanzierung von Politik und politischem Handeln statt, weil Frauen- und Mädchenarbeit sich selbst als unpolitisch definiert.

---

46 Vgl. Ursula Birsl, *Frauen und Rechtsextremismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 3–4/92.

Daß Politik und politisches Interesse für Mädchen und Frauen in größerem Maße als für den Durchschnittsbürger etwas Fremdes sind und sie zu den verschiedenen Formen der politischen Beteiligung auf Distanz gehen, ist eben nicht nur auf ihre traditionellen Orientierungen bei veränderten sozialen und gesellschaftlichen Verhältnissen zurückzuführen. Natürlich hat sich auch in der politischen Bildung seit Jahren viel geändert. So ist zu verweisen auf die erwähnte Schrift von Sabine Zurmühl und die ausgezeichneten „Arbeitshilfen“ der Bundeszentrale für die politische Bildung zum Thema „Frauen“ von Claudia Prinz u. a. Um so bedauerlicher ist es, daß diese Arbeitshilfen, die schnell vergriffen waren, nicht mehr bei der Bundeszentrale erhältlich sind.

Auffallend ist, daß das sonstige Materialangebot zur politischen Bildung als Zielgruppe im wesentlichen Schüler, Lehrer, Wissenschaftler und sonstige *Multiplikatoren* umfaßt. Es scheint mir ziemlich sicher, daß – wenn aufgegliedert würde, an wen im Verteiler der Bundeszentrale oder der Landeszentralen z. B. Nordrhein-Westfalens oder Bayerns die Publikationen ausgegeben werden – sich herausstellen würde, daß die mit Steuergeldern aller SteuerzahlerInnen angeschafften Publikationen nur in geringem Maße an Frauen verteilt werden.

Die Landeszentrale Hamburg hat aus dieser Beobachtung heraus, daß das von ihr angebotene Material und die Bücher weit unterproportional von Frauen und Jugendlichen genutzt wurden, ihr Angebot völlig umstrukturiert und zielgruppenspezifisch ergänzt. So versucht die Landeszentrale immer, mehrere Publikationen zu Frauenfragen vorrätig zu halten. Mittlerweile steht für Frauen in der Hamburger Landeszentrale ein Regal mit Büchern und Schriften, das optisch besonders gekennzeichnet ist, zur Verfügung. Es ist deutlich, daß Frauen sich schon durch diese einfache Kennzeichnung besonders angesprochen fühlen, vor allem aber den Eindruck bekommen, daß sie in der politischen Bildung nicht nur ernst genommen werden, sondern auch besonders willkommen sind. Daß zur Beratung immer Ansprechpartnerinnen zur Verfügung stehen und mit Selbstbedienung und einer freundlichen Gesamtatmosphäre der Eindruck eines Dienstleistungszentrums entsteht und nicht der einer „Behörde“, trägt seinen Teil dazu bei, Schwellenängste abzubauen.

Wie in den meisten anderen Landeszentralen auch, ist in Hamburg immer die Publikation zur Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland von Rosemarie Nawe-Herz vorrätig. Regelmäßig wird ferner versucht, Eigenpublikationen zu erstellen, die vom Layout, vom Inhalt sowie von der Sprache her einem breiten Kreis von Frauen zu-

gänglich sind. Auch werden immer wieder Titel angekauft, die einen biographischen Zugang zu anderen Lebenswelten vermitteln, so z. B. ein historischer Text über Frauenleben in Altona oder auch Krockows „Die Stunde der Frauen“.

Gerade letzteres Buch, das *Desiderata* neuerer Überlegungen zum biographischen Ansatz in der politischen Bildung erfüllt<sup>47</sup>, ist ein Musterbeispiel für Literatur, in der allgemeine Geschichte und persönliche Biographie miteinander verknüpft sind. Mit solchen Texten kann man politikferne Frauen am leichtesten für politische Themen interessieren.

Die gegen die neuerdings auch von einigen Autoren kritisierte „Verkopfung“ der politischen Bildung gerichtete Forderung nach Integration auch von Emotionen ins Bildungsgeschehen und nach Verzahnung kultureller Aktivitäten mit der politischen Bildung<sup>48</sup> wird gerade eben von denen, die längere Praxis mit sogenannten Frauenseminaren oder Frauenthemen haben, schon länger eingelöst. Sie sind aber – wie oben aufgeführt – offensichtlich den meisten Theoretikern unbekannt, denn diese Art der Praxis findet in der einschlägigen Literatur kaum Resonanz. So führt z. B. das autonome Bildungszentrum in Drochtersen, Niedersachsen, seit Jahren Seminare durch, in denen Frauen anhand von literarischen Texten wie Christa Wolfs „Kassandra“ oder Ingeborg Bachmanns „Simultan“ durch die Anknüpfung an ihre eigenen Interessen, literarischen Neigungen und deren Verknüpfung mit Gesellschaftsanalyse eine neue Form des Zugangs zu politischen Themen ermöglicht wird.

Andere Bildungsgesellschaften, die besonders für Frauen konzipierte Seminare als Kommunikationstraining anbieten wie „Ich traue mich“ (Bildungswerk umdenken) oder „Mut zum Erfolg“ (Neue Gesellschaft), gehen vor allem von dem Ansatz aus, die Teilnehmerinnen zunächst zum Reden zu bringen und, abgesehen von einer Grundstruktur, Inhalte und Vorgehensweisen vom Gruppendynamischen Prozeß im Seminar abhängig zu machen. Solche Seminare hatten bei beiden Bildungsgesellschaften regelmäßig Wartelisten von 35 bis 40 Personen.

Derartige Seminare bieten auch Rollenspiele, Atem-, Stimm- und Körperübungen. Video-Filme werden in Seminaren, die auch männliche Teilnehmer haben, vor allem dazu eingesetzt, Kommunikationsverhalten und Kommunikationsstrukturen sichtbar zu machen. So hat das Fortbildungswerk

47 Dieses Buch wurde lediglich von der Landeszentrale Hamburg angekauft – sind doch außer in Hamburg und Rheinland-Pfalz nur Männer für den Ankauf zuständig!

48 So besonders durch Siegfried Schiele, den Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

für Studenten und Schüler (FWS) (Bonn, Kiel) die Reflexion über männliches/weibliches Sprachverhalten in die Seminare derart eingebaut, daß nach Fachdiskussionen die dabei aufgenommenen Video-Filme analysiert und so männliches Dominanz- und weibliches Rückzugsverhalten sichtbar und zum Gegenstand der Aussprache gemacht werden.

In Seminaren, die sich nur mit Kommunikation befassen, legen allerdings manche Veranstalter Wert darauf, daß der Anteil der Männer nicht wesentlich mehr als ein Drittel beträgt, weil die Erfahrung zeigte, daß bei gleich großen Anteilen männlicher und weiblicher Teilnehmer die notwendigen Kommunikationsprozesse durch das männliche Dominanzverhalten gestört wurden.

Videotechnik wird meistens eingesetzt, um die Arbeit von Kleingruppen zu begleiten und dann im nachhinein das Verhalten einzelner TeilnehmerInnen auszuwerten. Kleingruppen werden deshalb bevorzugt, weil – eher als in der großen Gruppe – mit schöner Regelmäßigkeit sichtbar gemacht werden kann, wie Frauen in der Gruppe sachorientiert zuarbeiten, Männer aber Dominanzstreben und Überwältigungsverhalten entwickeln, weshalb Frauen sich dann vollständig zurückziehen. Nach Auskunft des Veranstalters haben bisher sämtliche Frauen diese Seminare bis zum Ende mitgemacht. Einzelne Männer dagegen kamen mit der im Seminar stattfindenden Verunsicherung und mit den neuen Rollenerwartungen nicht zurecht und verließen diese Seminare vorzeitig.

Es ist nachvollziehbar, weshalb es gerade Männer sind, die solche Seminare verlassen, wenn sie Angst haben, Gefühle zeigen zu sollen oder diese vielleicht nicht mehr unter Kontrolle haben. „Das Verhalten vieler heutiger Männer ist in mancher Beziehung den Verhaltensmustern autistischer Kinder analog. Bei diesen Kindern besteht eine extreme Abwehrhaltung gegen menschlichen Kontakt, während sie gleichzeitig von unbelebten Objekten fasziniert und ganz auf sie fixiert sind. Eine andere Person zu berühren, eigene Gefühle auszudrücken, überhaupt jede Beziehung zu anderen wird als traumatisch erfahren und möglichst gemieden.“<sup>49</sup> Von Bedeutung scheint aber auch, daß Dozenten solcher Kurse – insbesondere männliche – ein viel sensibleres Sensorium für die Bedürfnisse von TeilnehmerInnen entwickeln und selber von diesen kommunikativen Erfahrungen für ihre weitere Arbeit profitieren.

Zu wirtschaftspolitischen Themen relevante Anteile von Teilnehmerinnen zu gewinnen, ist in der

49 Herb Goldberg, *Der verunsicherte Mann*, Hamburg 1985, S. 42.

politischen Bildung schwierig. Der Kurs „Wirtschaftswissen für Frauen. Mit der Marktwirtschaft auf Du und Du“ war jedoch voll belegt und es zeigte sich, daß hier die gleiche Erfahrung gemacht wurde wie anlässlich von weiteren Seminaren und Veranstaltungen mit im engeren Sinne politischen Themen: daß Frauen, sobald sie über ein Frauenseminar Zutrauen zur Institution und zu den ReferentInnen gefaßt haben und sobald sie feststellen können, daß die Inhalte an ihren Interessen anknüpfen, auch an diesen Themen Interesse entwickeln und zum Teil zum ersten Mal in ihrem Leben Bildungsurlaub in Anspruch nehmen. Spüren sie zudem, daß sie auch die Chance haben, als Individuum ernst genommen zu werden, also nicht „von denen, die zu wissen schienen, wovon sie redeten, und die andere in Grund und Boden diskutieren konnten“<sup>50</sup>, weiter zum Schweigen gebracht werden, dann ist der Bann gebrochen.

Es wäre sicherlich lohnend, darüber nachzudenken, ob über solche Einstiege, die an wirklichen Defiziten ansetzen, die die Personen an sich selber spüren und die sie unsicher machen, ihr Selbstvertrauen schwächen, nicht auch andere Bevölkerungsgruppen an Institutionen der politischen Bildung herangeführt werden könnten. Würden sie soweit mit ihnen vertraut gemacht, daß sie Zutrauen zu den Institutionen gewinnen, und dann noch über mehrere Stufen begleitet, dann wären sie wohl auch bereit, sich mit abstrakten, komplizierteren und kontroversen Sachverhalten auseinanderzusetzen.

Wichtig scheint mir vor allem auch, daß in dieser Art von Frauenseminaren der von Empathie getragene Dialog und ein solidarisches Miteinander die Gesamtatmosphäre prägen. Wenn man diese Erfahrungen mit Frauengruppen ernst nimmt, so könnte man hierüber weitere Überlegungen anstellen, wie man bei Mädchengruppen die Überleitung finden könnte von Vertrauensbildung und Lebenshilfe als erstem Schritt zur Stärkung des Selbstbewußtseins und Unterstützung der Verhaltenssicherheit bis hin zu Fragen der Lebensperspektive und des gesellschaftlichen Engagements.

Es reicht eben nicht aus, daß politische Bildung Multiplikatoren anschreibt, diese Bildungsprogramme erhalten, mit Schriften eingedeckt werden, die mehr dem wissenschaftlichen Image des Autors gerecht werden als den Bedürfnissen des/der EmpfängerIn. Es sind weniger die MultiplikatorInnen, die Bedürfnis nach Information haben (diese gehen eher in der Flut der Informationen unter); sie brauchen vielmehr Arbeitsmaterial an die Hand, wie es in Ansätzen durch die „Arbeits-

50 M. F. Belenky u. a., (Anm. 20), S. 77.

hilfen“ der Bundeszentrale angeboten wird. Damit können sie normalerweise in der Praxis mehr anfangen.

---

## VII. Schicksalsfragen? – Frauenfragen?

---

Wir als politische BildnerInnen müssen aber nicht nur die Bildungsinhalte und die Lernbedingungen verändern. Es geht auch darum, die ständige und schleichende Diskriminierung von Frauendenken und der Prioritäten von Frauenhandeln öffentlich sichtbar zu machen. Auch in der Haltung, wie sie zur Zeit allzu häufig von politischen Bildnern vertreten wird, man müsse sich nun auf „Überlebensfragen“ – also Umweltzerstörung, technologische Entwicklung, Weltfrieden, Elend der Dritten Welt – konzentrieren<sup>51</sup>, kann eine solche Diskriminierung zum Ausdruck kommen. Denn mit den Normen „Relevanz“ und „Objektivität“ wird natürlich die universelle Notwendigkeit, sich mit Überlebensfragen zu befassen, dazu benutzt, die Frauenfrage auszuschließen.

„Deutschland ohne Frauen“ hieß es in einer Satire der „Zeit“: „Schauen wir uns um in Deutschlands führenden Gazetten, in den Programmen der großen nationalempfindenden Verlage, so erblicken wir hier nahezu ausschließlich Denker aus der männlichen Hemisphäre des Vaterlandes, die sich der schicksals eigenen Frage nach dem deutschen Wesen – durchaus kritisch – stellen: Von Christian Meyer (,Die Nation, die keine sein will‘) bis Edelbert Richter (,Erlangte Einheit. Verfehlte Identität‘), von Werner Weidenfeld (,Der deutsche Weg‘) bis Arnulf Baring, dessen neues Buch ,Deutschland, was nun?‘ in seiner ganzen, nicht

zuletzt intellektuellen Brisanz schon jetzt kaum abzuschätzen ist.“<sup>52</sup> Es sind dies nach Männermeinung offensichtlich die Überlebensfragen, und die Frauen beteiligen sich mal wieder nicht daran. Und wenn mich nicht alles täuscht, wurde von vielen dieser Beitrag nicht einmal als Satire erkannt, sondern ernst genommen. Liegt es doch im Zug der Zeit, nur „große“ Themen zu verhandeln.

Ein hervorragendes Beispiel für ein derart „großes“ Thema und seine männerzentrierte Behandlung ist auch die Debatte um die Verfassung der Bundesrepublik im Zuge des Einigungsprozesses. In schöner Einseitigkeit wurde und wird in der Literatur und der Publizistik von den „Vätern“ der Verfassung gesprochen. Nur dank der Frauenbewegung gelang es, durch die Erinnerung an die vier „Mütter“ der Verfassung auch der weiblichen Mehrheit der Bewohner dieser Republik personale Identifikationsmöglichkeiten mit dieser Verfassung zu bieten, zumal diese „Mütter“ erst die verfassungsrechtliche Gleichstellung der Frauen durchgesetzt haben. Vor einem Jahr gab es viele Stellungnahmen und Veröffentlichungen zum Thema „Frauen und Verfassung“. Diese Diskussion von und mit Frauen schlug sich aber nicht in Publikationen zum Thema nieder, schon gar nicht in einem kürzlich erschienenen Heft dieser Zeitschrift, in dem vier männliche Juristen in trauter Einheit mit einem evangelischen Militärdekan über Verfassungsgebung, Grundgesetz und Reform des öffentlichen Dienstrechts rätornieren<sup>53</sup>. Letzteres ist offenbar allemal wichtiger als das, was an Themen von Frauen schon seit langem angemeldet wurde.

Trotz Gleichstellungsrhetorik finden sich die Frauen und ihre Interessen letztlich offenbar immer wieder als Marginalien wieder – aber, so möchte ich abschließend mit der „Zeit“ fragen: Wie wichtig ist das (den Männern)?

---

51 So Siegfried Schiele in einem Arbeitspapier zu einer Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung im Dezember 1992 in Schwerin.

52 Benedict Erenz, in: Die Zeit vom 3. 10. 1991.

53 Vgl. für Politik und Zeitgeschichte, B 49/91.

## Zur Situation der politischen Bildung in den neuen Bundesländern

Seit etwa einem Jahr gibt es sie auch in den neuen Bundesländern: die Landeszentralen für politische Bildung – eine für die ehemalige DDR völlig neue und bis dahin in großen Bevölkerungskreisen auch weitgehend unbekannt Institution. Daher kann man wohl mit großem Interesse nach den Erfahrungen eines Jahres politischer Bildungsarbeit fragen und den Versuch unternehmen, die Situation der politischen Bildung in den neuen Ländern zu analysieren. Dabei sollen vor allem die praktischen Erfahrungen im Mittelpunkt stehen, nicht die theoretischen Grundlagen und Aufgaben, zu denen es schon viele entsprechende Veröffentlichungen gibt.

Die Situation der politischen Bildung in den neuen Bundesländern soll an den Beispielen und aus den Erfahrungen der beiden Länder Sachsen-Anhalt und Thüringen dargestellt werden. Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß nicht auch in den anderen Ländern inhaltliche Arbeit geleistet und Erfahrungen gemacht wurden. Sie sind uns aus den Gesprächen mit unseren Kollegen aus diesen Ländern bekannt und werden auch in dieser Studie mit berücksichtigt.

---

### I. Die Akzeptanz der politischen Bildung in den neuen Ländern

---

Obwohl die politische Bildung in den Augen so mancher Politiker der westlichen Länder der Bundesrepublik an Bedeutung offenbar verloren hat (was besonders deutlich wird am Beispiel der Landeszentrale im Saarland), scheinen die verantwortlichen Politiker der östlichen Länder von der Wichtigkeit einer entsprechenden Einrichtung überzeugt zu sein. Denn nicht anders läßt es sich sonst erklären, daß trotz aller Probleme und finanzieller Nöte beim Aufbau der neuen Länder auch an die Einrichtung dieser Institution gedacht wurde. Schon im Februar 1991 beschloß die Landesregierung in Thüringen die Errichtung einer eigenen Landeszentrale für politische Bildung zum 15. April 1991; in Sachsen-Anhalt erfolgte dies am 22. Mai 1991 mit Arbeitsbeginn ab 1. Juli des gleichen Jahres.

In beiden Fällen wurden die Aufgabe und die Arbeitsschwerpunkte der Landeszentralen eindeutig formuliert: durch eigene Maßnahmen und durch Kooperationen mit anderen freien Bildungsträgern zur politischen Bildung der Bürger des Landes beizutragen sowie die Entwicklung eines freiheitlichen demokratischen Bewußtseins durch die politische Bildungsarbeit zu fördern. Grundlage und Rahmen dieser Arbeit ist die im Grundgesetz und die in den künftigen Landesverfassungen niedergelegte politische Grundordnung. Und es gilt der Grundsatz: Die Arbeit der Landeszentrale hat parteiunabhängig bzw. parteipolitisch ausgewogen zu erfolgen.

Genau an dieser Stelle aber beginnen die Probleme mit der Akzeptanz der politischen Bildung bei den Bürgern der neuen Länder. Im politischen System der ehemaligen DDR konnte politische Bildung nur als Indoktrination erfahren werden. Unter der „führenden Rolle“ der SED, seit April 1968 im Artikel 1 der DDR-Vfassung festgeschrieben, wurde auch von den in der „Nationalen Front“ gleichgeschalteten Blockparteien und Massenorganisationen politische Propaganda und Indoktrination betrieben. Das Ziel dieser stetigen Beeinflussung waren „sozialistische Persönlichkeiten“. Diese Art der „politischen Bildung“ umfaßte alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, und damit gewannen vor allem die Massenorganisationen wie FDJ, FDGB, der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) oder die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) an Bedeutung, da sie weit mehr Mitglieder durch indirekten und direkten Zwang rekrutieren konnten als die politischen Parteien. Hier sollten vor allem diejenigen erreicht werden, die nicht mehr im Rahmen von schulischer oder beruflicher Aus- und Weiterbildung beeinflußt werden konnten: die Arbeiter oder Angestellten im täglichen Arbeitsprozeß.

Überdies gab es neben den offiziellen Veranstaltungen und Mitgliederversammlungen der Parteien und Massenorganisationen noch andere Pflichtübungen: Parteilehrjahr, FDJ-Studienjahr, Schulen der sozialistischen Arbeit u. a., also Indoktrination auf allen Ebenen und unterschiedlichstem Niveau, aber stets mit dem gleichen Ziel: Klassenstandpunkt beziehen, Parteilichkeit beweisen, das Lob des Sozialismus singen.

Mit dieser Erfahrung und vor diesem Hintergrund treffen die Menschen in den neuen Bundesländern nunmehr auf eine Institution des Landes, die politische Bildungsarbeit leisten will, und zwar parteienunabhängig und -übergreifend. Da ist es nicht verwunderlich, wenn man immer wieder auf Unverständnis oder gar auf Mißtrauen stößt in der Frage: Ist das, was ihr da macht, nicht das gleiche wie früher, nur unter anderen Vorzeichen? Mit dieser Skepsis müssen wir wohl noch eine Zeitlang leben und nur durch die konkrete Arbeit, die wir in unserem Bereich leisten, werden wir die Menschen überzeugen können, daß politische Bildungsarbeit nicht Indoktrination eines bestimmten politischen Systems bedeutet, sondern daß unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen sie dazu dienen soll, die Wesensmerkmale einer offenen, pluralistischen Gesellschaft zu vermitteln: Toleranz, Respekt vor dem Andersdenkenden, Kritikfähigkeit, letztlich Demokratie als Lebensform.

Aber noch ein zweiter Aspekt berührt die Akzeptanz der politischen Bildung in den neuen Bundesländern ganz wesentlich: Es ist die Frage des Bürgers, den unser Bildungsangebot erreichen soll, was ihm dies in der gegenwärtigen Situation „nutzt“. Die wirtschaftliche Situation des einzelnen, die Frage, ob der Arbeitsplatz zu halten oder ob überhaupt wieder eine Arbeit zu bekommen ist, bestimmt ganz wesentlich die Interessen im Hinblick auf Bildungsangebote. Vorrang hat alles das, was der beruflichen Weiterbildung und Entwicklung dient: Fremdsprachenkurse, Computerlehrgänge, Seminare zu Fragen der Betriebswirtschaft und des Managements und dergleichen mehr. Da bleiben die Themen der politischen Bildung auf der Strecke, denn sie tragen nicht unmittelbar zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Betroffenen bei.

Mit dem Wissen um diese mangelnde Akzeptanz muß sich derjenige, der in dieser Situation dennoch verantwortlich politische Bildungsarbeit betreiben will, fragen: Gibt es trotz aller Skepsis und der wirtschaftlichen Probleme nicht doch Zielgruppen, die auf Angebote der politischen Bildung warten, die für sie vielleicht sogar eine berufliche Weiterbildung bedeuten? Wo liegen die Hauptthemen und Themenbereiche für diese Zielgruppen und mit welchen Methoden und Formen der politischen Bildungsarbeit können sie erreicht werden? Und nicht zuletzt stellt sich die Frage nach den Anforderungen an das Land oder an die Politik, nämlich wie beide selber mit dazu beitragen können, die vermittelten Werte und Ziele umzusetzen.

---

## II. Zielgruppen und Themen der politischen Bildung in Sachsen-Anhalt

---

Das Bildungsangebot der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt richtet sich derzeit vor allem an zwei Zielgruppen. Dies ist zum einen der gesamte Bereich des öffentlichen Dienstes einschließlich der politischen Verantwortungsträger in Staat und Gesellschaft; sie reicht vom ehrenamtlichen Bürgermeister oder Mandatsträger einer Kommune über Mitarbeiter der Landesverwaltung bis hin zu Bundeswehrangehörigen oder Polizeibediensteten.

Die zweite wichtige Zielgruppe bildet das Personal von Schulen und Hochschulen in Sachsen-Anhalt. Es war wegen seiner Multiplikatorenfunktion im Bildungssystem in der Vergangenheit einer besonders intensiven Indoktrination ausgesetzt. Deshalb ist es heute nicht verwunderlich, daß gegenüber politischen Bildungsangeboten Verdrossenheit und Skepsis herrscht. Erschwerend bei der Zusammenarbeit mit Lehrern und Hochschulangehörigen kommt hinzu, daß die gesamte Bildungslandschaft großen Veränderungen und Umwälzungen ausgesetzt ist, die viele Pädagogen und Hochschullehrer zurückhaltend reagieren lassen auf Angebote der politischen Bildung. Dies hat zur Folge, daß sich nur wenige nicht passiv verhalten und sich mitgestaltend einbringen in Seminare und Veranstaltungen.

Die politische Bildungsarbeit für alle Zielgruppen und Interessierten konzentriert sich derzeit vorrangig auf die Vermittlung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Vermittlung der Grundstrukturen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, der Formen der demokratischen Kommunikation und der politischen Willensbildung sowie einer ausführlichen Darstellung der deutschen Geschichte, besonders im 20. Jahrhundert.

Die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt hat die Zusammenarbeit mit den genannten Zielgruppen vorrangig gewählt – abgesehen von der dringenden Notwendigkeit, in diesem Bereich politische Bildungsarbeit zu leisten –, weil es für eine sich im Aufbau befindende Landeszentrale organisatorisch einfach leichter ist, Seminare und Veranstaltungen mit „festen“ Partnern durchzuführen. So kann z.B. bei Seminareinladungen für Kommunalpolitiker der Adressaten-Verteiler des Städte- und Gemeindebundes oder des Landkreistages genutzt werden. Oder in Zusammenarbeit mit den Schuldezernenten der Bezirksregierungen kann die Frage der Freistellung von Leh-

ren für Veranstaltungen der Landeszentrale im Vorfeld unbürokratisch geklärt werden.

Die Bildungsarbeit der Landeszentralen in den neuen Ländern ist ganz anderen Erfordernissen ausgesetzt und unterliegt ganz anderen Erwartungen als die Arbeit der Landeszentralen in den alten Bundesländern. In den fünf neuen Ländern wird von der politischen Bildungsarbeit eine praktische Lebenshilfe erwartet, d.h. die Menschen wollen aus Seminaren und Veranstaltungen mit praktischen, im Alltag verwertbaren Informationen herausgehen. Sie erwarten eine Orientierungshilfe in der für sie völlig neuen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung. Vorrangiges Ziel ist es deshalb, den neuen Mitbürgern das politische System der Bundesrepublik Deutschland mit all seinen für den Lebensalltag relevanten Details und organisatorischen Verästelungen näherzubringen. Hier muß derzeit politische Bildung ansetzen und tätig werden, um damit für die nächste Zeit Lebens- und Orientierungshilfe zu leisten, denn nur wer über die Möglichkeiten und Chancen, aber auch die Problembereiche des neuen Systems informiert ist, kann es nutzen, kann mitsprechen und mitbestimmen.

Dem versucht die Landeszentrale über ein vielfältiges Seminarangebot nachzukommen. Dazu gehören Seminare und Veranstaltungen zu Themen wie:

- Grundlagen der Demokratie
- der Rechtsstaat
- das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland
- Föderalismus
- Politische Willensbildung und Entscheidungsprozesse auf kommunaler und regionaler Ebene.

Hinzu kommen eine Reihe von europabezogenen Veranstaltungen im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt 1993 oder landeskundliche Seminare, die zur Identifikation der Menschen mit ihrem Bundesland beitragen wollen.

Darüber hinaus werden eine ganze Reihe von Seminaren angeboten, die einen Beitrag zur Integration der Menschen aus beiden deutschen Gesellschaften leisten sollen. Dies geschieht u. a. durch Begegnungsseminare für Interessierte aus Ost und West, die dazu beitragen, bestimmte Befindlichkeiten oder gar Vorurteile zwischen den Menschen beider Teile Deutschlands abzubauen. Solche Seminare sollen dazu beitragen, daß die nach der Euphorie der Wiedervereinigung 1989/1990 offenbar gewordene Unkenntnis übereinander sowie die zunehmenden sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Probleme nicht in eine Entfremdung der Menschen aus Ost und West münden, sondern daß

vielmehr die Stärkung der inneren Einheit angestrebt wird.

---

### III. Zielgruppen und Themen der politischen Bildung in Thüringen

---

Schon seit dem Frühjahr 1990, als die Partnerländer Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern in Thüringen begannen, neben der materiellen Aufbauhilfe auch Angebote im Bereich der politischen Bildung zu unterbreiten, wurden diese insbesondere von einer Berufsgruppe angenommen: von den Lehrern. Hier war und ist eine Berufsgruppe – vom alten System in besonderer Weise indoktriniert zur Herausbildung und Ausbildung junger Menschen zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ mit „festem Klassenstandpunkt“ –, die nun dringend Hilfen zur Neuorientierung in einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung benötigt und sie daher auch sucht.

Wenn dies zunächst grundsätzlich alle Lehrer umfaßte, so wurde mit der Einführung des Faches Sozialkunde ein besonders dringender Bedarf an politischer Bildung bei den Kollegen deutlich, die dieses Fach nun zu unterrichten haben. Bei ihrer Auswahl wurde besonderer Wert auf politische Unbedenklichkeit gelegt, und so kommen viele Sozialkundelehrer aus Bereichen, die nichts mit politischer Bildung zu tun hatten; so z. B. aus dem weggefallenen Bereich der Polytechnik, aus den Naturwissenschaften oder aus den musischen Fächern. Hinzu kommen denkbar ungünstige Startbedingungen für diese Lehrer am Beginn des Schuljahres 1991/92: neben der persönlichen Unsicherheit, ob man überhaupt Lehrer bleiben kann, die Unsicherheit im neuen Fach aufgrund fehlender Ausbildung und die überall noch fehlenden Hilfs- und Lernmittel. Statt eines Lehrplanes gibt es nur „Lehrplanhinweise“, die jedoch am Schluß auf Publikationen aufmerksam machen, die vornehmlich in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen sind und über die Landeszentralen bezogen werden können.

So kommt ein Großteil der Sozialkundelehrer zum ersten Mal mit der Landeszentrale in Berührung, woraus in den meisten Fällen ein ständiger Kontakt entsteht durch das geweckte Interesse an weiteren Publikationen und anderen Bildungsangeboten. Für die Mitarbeiter der Landeszentrale für politische Bildung ist dies die wohl für die nächste Zeit wichtigste Zielgruppe unserer Tätigkeit, wobei uns aber klar ist, daß die Weiterbildung von Sozialkundelehrern in erster Linie Aufgabe des

dem Kultusministerium unterstellten Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (THILLM) ist. Wir leisten hier nur Hilfe, solange die Fortbildungsangebote dieses Instituts noch nicht ausreichen, das Bildungsbedürfnis der Sozialkundeführer zu befriedigen.

Wesentliche Multiplikatoren politischer Bildung sind die Journalisten, mit Sicht auf die DDR-Vergangenheit eine vielleicht noch stärker als die Lehrer indoktrinierte Berufsgruppe. Während es bei den Lehrern eine Auswahl ohne Kompromisse gab, wer Multiplikator politischer Bildung sein kann und darf, blieb dieser Prozeß den Journalisten bzw. den Redaktionen und Verlagen weitestgehend selbst überlassen, mit Einschränkungen vielleicht im Bereich der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Vor allem im Bereich der Zeitungen wird dies deutlich, wie schnell aus DDR-Parteiblättern unabhängige Zeitungen wurden. Zwar änderten sich oft die Namen der Zeitungen und als Eigentümer treten nun renommierte Zeitungsverlage aus dem Westen auf, doch die Namen mancher Verfasser der Leitartikel und anderer Beiträge sind dem aufmerksamen Leser bekannt aus vergangenen DDR- und SED-Zeiten. Vielleicht liegt es mit an solcherart Tradition, daß diese Zeitungen immer mehr an Glaubwürdigkeit verlieren und die Boulevardblätter die großen Gewinner sind.

Aus dieser Sicht sind die Journalisten für uns eine wichtige Zielgruppe unserer Arbeit, wobei bisherige Angebote von der Resonanz her enttäuschend waren. So mußte beispielsweise in Thüringen im November des vergangenen Jahres ein geplantes Tagesseminar mit Journalisten mangels Beteiligung abgesagt werden, wobei wir davon ausgegangen waren, daß nach den Vorgängen in Hoyerswerda es gerade für die Journalisten interessant sein müßte, gemeinsam zu diskutieren, wie man mit dem Thema „Politischer Extremismus – Rechtsradikalismus“ und daraus resultierend mit der Gewalt gegen Ausländer in der Öffentlichkeit umgeht. Doch auch solche Erfahrungen muß man in der politischen Bildungsarbeit machen, ohne dabei das Interesse an einer bestimmten Zielgruppe zu verlieren.

Fast ebenso wichtig wie die Journalisten sind uns als Zielgruppe unserer Bildungsarbeit die jungen Redakteure der neu entstehenden Schülerzeitungen. Für diese jungen Redakteure ist ihre Arbeit völliges Neuland, denn Schülerzeitungen waren zu DDR-Zeiten nur als „Abschlußzeitung“ am Ende der gemeinsamen Schulzeit denkbar, und da hatten sie unpolitisch zu sein. Nun lernen die Schüler, daß es bei aller gewonnenen Freiheit nicht leicht ist, mit der Möglichkeit des Einflusses auf die politische Meinungsbildung ihrer Mitschüler verant-

wortlich umzugehen. Ihnen dabei zu helfen, die dazu notwendigen Grundvoraussetzungen zu erkennen und sich anzueignen, sehen wir als unsere Aufgabe in der Arbeit mit dieser Zielgruppe.

Eine weitere wichtige Zielgruppe unserer politischen Bildungsarbeit sehen wir in den Multiplikatoren im Bereich der Bundeswehr, der Polizei sowie generell im öffentlichen Dienst (und hier vor allem diejenigen Personen, die aus vergleichbaren DDR-Institutionen in diese Bereiche übernommen wurden). Vor allem bei der Bundeswehr ist zu merken, daß es offensichtlich in den alten Bundesländern traditionell gute Kontakte und eine gute Zusammenarbeit mit den Landeszentralen für politische Bildung gibt, denn immer wieder erleben wir Kontaktaufnahmen durch die Bundeswehr mit unserer Landeszentrale mit dem Ziel einer künftigen Zusammenarbeit. In der zweiten Hälfte dieses Jahres werden diese Kontakte auch von unserer Seite her intensiviert und in konkrete Projekte umgesetzt werden.

Zum Schluß, aber nicht im Hinblick auf den Stellenwert, sei noch die Zielgruppe der Multiplikatoren genannt, die in der Jugend- und Erwachsenenbildung tätig sind, z.B. die ortseigene Bildungsprojekte oder auch Bildungswerke betreiben und dadurch den direkten Kontakt zu allen interessierten Bürgern im Land halten können. Hier liegen vor allem unsere Möglichkeiten, die Themenbereiche zu erfragen und zu erfahren, welche z. Z. aktuell sind und die Bürger bewegen.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Frage nach den Themenbereichen und den Hauptthemen in der politischen Bildung in den neuen Ländern. Bei der Erstellung einer ersten Konzeption der Landeszentralen für politische Bildung in Thüringen und Sachsen-Anhalt wurde noch davon ausgegangen, daß neben bestimmten aktuellen Themen vor allem die klassischen Grundthemen der politischen Bildung in unseren Angeboten den Vorrang haben sollten: die Wesensmerkmale einer offenen pluralistischen Gesellschaft, Toleranz, Respekt vor dem Andersdenkenden, Demokratie als Lebensform zu vermitteln sowie die Grundprinzipien des Parlamentarismus und des Föderalismus.

Doch bereits die ersten Monate in der politischen Bildungsarbeit zeigten deutlich, daß dies nicht der richtige Ansatz war und ist. Analysiert man die Vorgänge vom Herbst 1989 bis hin zur Volkskammerwahl im März 1990, vor allem auch die Phase der „Runden Tische“, so kommt man zu der Erkenntnis, daß selbst 40 Jahre kommunistischer Diktatur demokratische Verhaltensweisen sowie das Wissen um die Ziele und Inhalte wirklicher Demokratie nicht beseitigen konnten. Hier liegt wohl auch die Ursache für den friedlichen und ge-

waltfreien Verlauf des gesamten Prozesses als ein Zeichen dafür, daß ausschließlich demokratische Mittel eingesetzt wurden, an deren Wirkung die Menschen auch glaubten: Wir sind *das Volk!*

Aus diesem Anspruch heraus konnte auch der nächste Schritt gegangen werden, und auch hier wieder mit den Mitteln der Demokratie: Wir sind *ein Volk!* Diese Erfahrungen werden gegenwärtig im Bewußtsein der Menschen überdeckt durch die eigenen Sorgen und Probleme, die nun nach dem Vollzug der äußeren Einheit den Weg zur inneren Einheit erschweren. Hier muß gerade in den neuen Bundesländern, aber auch in den alten, die politische Bildung ansetzen. Es muß der Versuch unternommen werden, den Menschen Hilfe anzubieten, Möglichkeiten und Wege aufzuzeigen, die helfen können, die Probleme auf dem Weg zur inneren Einheit bewältigen zu können.

Ein großes Thema wird dabei die Aufarbeitung der Vergangenheit sein. Diese kann nicht nur in der Aufarbeitung der Stasiakten bestehen, sondern muß die gesamte 40jährige Geschichte der DDR umfassen. Vor allem muß immer wieder deutlich werden, daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen und damit in vielen Fällen auch persönlichen Probleme nicht in der Einführung der sozialen Marktwirtschaft und in der neugewonnenen freiheitlichen demokratischen Grundordnung ihren Ursprung haben, sondern in der vorangegangenen Wirtschaftsordnung und im beseitigten politischen System begründet liegen. Den Menschen muß das gefährliche Spiel, daß bestimmte politische Kräfte (sowohl rechts als auch links) mit den Ängsten und Sorgen der Menschen treiben, bewußt gemacht werden, sie müssen wieder den Mut finden, mit den Mitteln der Demokratie zu reagieren. Vor diesem Hintergrund ergeben sich praktisch von selbst dann Themenbereiche, die aktuelle Probleme aufgreifen und zum Gegenstand politischer Bildung werden sollten: der politische Extremismus und hier insbesondere der Rechtsextremismus, die Drogenprävention vor allem im Bereich der Schule und in der freien Jugendarbeit und anderes mehr.

Doch neben der DDR-Geschichte gilt es auch, die Geschichte der NS-Zeit neu aufzuarbeiten, denn mit dem von der SED verordneten Antifaschismus wurde vieles aus der Zeit von 1933 bis 1945 verdrängt. Aus dem Überdenken dieser Zeit ergeben sich für die politische Bildung unmittelbar zwei Themenbereiche: die Neuorientierung in den Konzeptionen der Gedenkstätten aus der NS-Zeit (in Thüringen besonders für Buchenwald und seine Außenlager) und die Neuorientierung im Verhältnis zum jüdischen Volk und zum Staat Israel.

Ein ganz anderer Themenbereich, der aber in den neuen Ländern zu den Hauptschwerpunkten der

politischen Bildung zählen sollte, ist die Landeskunde. Dieser soll sowohl die historische und geographische Landeskunde als auch die politische umfassen. Die Beschäftigung mit diesen Themen fördert die notwendige Identifikation des Bürgers mit seinem Land und vermittelt ihm das dafür nötige Wissen über den Aufbau, die Struktur und die Funktionsweise von Legislative und Exekutive im Land. Die Abschaffung der Länder und die Einführung der neuen Bezirksstruktur war wohl einer der großen Fehler des DDR-Regimes, denn die gewaltsame Unterbindung der Identifikation mit einer Region verhinderte letztlich auch die Identifikation mit dem Gesamtgebilde DDR. Die Menschen in diesem Staat haben aber nie aufgehört, sich als Thüringer, Sachsen, Anhalter oder Mecklenburger zu fühlen und auch zu bezeichnen. Aber es bestehen große Defizite im Wissen über die neu entstandenen Länder, über deren regionale Traditionen in Geschichte, Kunst und Kultur. Diese Defizite gilt es zu beseitigen.

Der Herbst 1989 und das Jahr 1990 brachten nicht nur für unser Land gewaltige Veränderungen mit sich, sondern die Veränderungen umfassen mittlerweile ganz Europa. Und da sind nicht nur die politischen Veränderungen in Osteuropa gemeint, denn auch der geplante und nunmehr unmittelbar bevorstehende gemeinsame Markt der EG bringt eine ganze Reihe Probleme mit sich bzw. erfordert neue Denkweisen. Während wahrscheinlich in der politischen Bildungsarbeit der alten Bundesländer Osteuropa den Schwerpunkt bilden wird, geht der Blick der Bürger in den neuen Ländern eher nach dem westlichen und südlichen Europa. Dabei werden die Probleme im Osten sicher nicht aus dem Blick geraten, aber 40jährige Enthaltensamkeit im Wissen über und im Erleben von Ländern im westlichen Europa müssen nun auch befriedigt werden.

Unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildungsarbeit mit den genannten Zielgruppen, aber auch mit allen anderen an der politischen Bildung interessierten Menschen ist es, den *Angebotscharakter* von politischer Bildung immer wieder zu betonen. Gerade in den neuen Bundesländern darf die politische Bildungsarbeit nicht den Verdacht aufkommen lassen, daß der Adressat unter umgekehrten Vorzeichen wieder einmal zum Objekt degradiert wird. Dies verlangt besonders von Mitarbeitern der politischen Bildung, die aus den alten Bundesländern kommen, ein großes Maß an Fingerspitzengefühl im Umgang mit den Menschen. Dies deshalb, weil die Menschen in der ehemaligen DDR über vier Jahrzehnte einer totalitären und totalen Polit-Schulung ausgesetzt waren und heute einfach ein Anrecht darauf haben, nicht mehr benutzt und ausgenutzt zu werden, sondern mitreden, mitgestalten und mitbestimmen wollen.

---

## IV. Methoden und Formen der politischen Bildung in den neuen Bundesländern

---

- Wenn bisher von den Themenbereichen, von den Zielgruppen und auch von den Problemen mit der Akzeptanz der politischen Bildung in den neuen Bundesländern die Rede war, so muß nun auch über die Formen und Methoden gesprochen werden, mit denen die Inhalte vermittelt und ihre Zielsetzungen den interessierten Bürger auch erreichen sollen. Ausgangspunkt sind sicher die klassischen Formen politischer Bildungsarbeit, wie sie seit langem von den Landeszentralen in den alten Ländern praktiziert und im Ansatz von den Landeszentralen der neuen Bundesländer übernommen wurden: die Organisation und Durchführung eigener pädagogischer Veranstaltungen (Seminare, Tagungen und Konferenzen); die Kooperation bei der Organisation und Durchführung von pädagogischen Veranstaltungen mit anderen Bildungsträgern oder die Förderung solcher Bildungsvorhaben Dritter; der Ankauf und die Bereitstellung von Publikationen bzw. die Erstellung und Herausgabe eigener Veröffentlichungen und Materialien.

Es stellt sich dabei die Frage, ob die Situation der politischen Bildung in den neuen Ländern die Chance eröffnet, auch neue Formen und Methoden der politischen Bildungsarbeit zu finden und zu praktizieren. Schon im Auftrag der Landesregierung von Thüringen an die Landeszentrale wird gefordert, daß die eigenen pädagogischen Veranstaltungen möglichst modellhaften Charakter tragen sollen, die auch von anderen Bildungsträgern übernommen werden können. Dabei steht natürlich auch immer der möglichst effektive Einsatz der zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Landeshaushalt im Blickfeld.

Zunächst ein Wort zum Bereich der Publikationen. Keiner wird die Wichtigkeit des Einsatzes von Publikationen in der politischen Bildungsarbeit bestreiten und Grundsätzliches gegen den Ankauf von Fremdpublikationen oder gegen die Erstellung und Herausgabe von Eigenpublikationen vorbringen wollen. Es liegt aber immer im Ermessen der einzelnen Landeszentrale, wie sich das Verhältnis der für Publikationen oder für pädagogische Vorhaben aufgewendeten Sachmittel gestaltet und wie hier die Schwerpunkte gesetzt werden. Dies gilt in besonderer Weise für die Landeszentralen in den neuen Ländern, deren Haushalte natürlicherweise wesentlich bescheidener ausfallen als die der alten Länder. Sehr hilfreich hat sich dabei die Bereitstel-

lung von Publikationen durch die Bundeszentrale für politische Bildung erwiesen, wodurch ein großer Teil von Standardpublikationen, die zum Bestand einer Landeszentrale gehören müssen, angeboten werden konnten. So konnten wir uns auf den Ankauf weniger, für bestimmte Themenbereiche wichtiger Publikationen konzentrieren. Die Anzahl der Eigenpublikationen ist naturgemäß noch sehr gering, aber es gibt sie, vor allem im Bereich der Landeskunde. Hier wurde z. B. in Thüringen keine komplette Landeskunde erstellt, sondern mit der Herausgabe von „Blättern zur Landeskunde“ begonnen. Ein solches Heft behandelt in kurzer und übersichtlicher Weise ein Thema, wobei die Themen keiner vorbestimmten Reihenfolge unterliegen. Durch den geringen Umfang ist jeweils eine hohe Auflage zu günstigen Preisen und damit ein großer Empfängerkreis möglich.

Im Bereich der pädagogischen Vorhaben kann man sicher nicht von generell neuen Formen und Methoden sprechen, doch wir sind in der glücklichen Lage, bei der Suche nach geeigneten Referenten zu den verschiedenen Themenbereichen solchen Referenten den Vorzug zu geben, die ebenfalls nach neuen Formen und Methoden suchen und sich in ihrer Arbeit darum bemühen. So machen wir sehr gute Erfahrungen mit Seminaren in der Form von Planspielen, bei denen die Teilnehmer aktiv mitwirken und mitgestalten müssen und der Erfolg letztendlich von ihrem eigenen Engagement abhängt. Daneben gibt es natürlich auch die klassische Seminarform mit dem breiten Fächer der Einsatzmöglichkeiten von technischen Hilfsmitteln und von AV-Medien, die jedoch noch begrenzt sind durch oftmals fehlende technische Ausstattungen.

Aber auch andere Formen politischer Bildungsarbeit werden ausprobiert und finden zunehmend Anklang: „Lernorte“ (wie z. B. Landtag, Bundestag, EG, Nato u. a.) als die beste Möglichkeit, vor Ort und unmittelbar die Möglichkeit zu Gespräch und Rückfrage zu haben. Oder die noch intensivere Form der Studienreise. Doch auch diese genannten Formen können im Hinblick auf den Haushalt derzeit nur in begrenztem Rahmen eingesetzt werden.

Wenn auch keine unbedingt neue, so doch für unsere Arbeit in den neuen Ländern sehr wesentliche Form des Seminars ist das Begegnungsseminar. Dabei ist nicht nur an die Seminare gedacht, die vornehmlich das Ziel des Kennenlernens und damit des Verstehenlernens haben, sondern es erweist sich als sehr positiv, wenn in fast allen Seminaren oder anderen Veranstaltungen Teilnehmer aus unterschiedlichen Erfahrungsbereichen (Regionen, Bundesländer, europäische Staaten u. a.)

zusammentreffen. Neben dem gemeinsamen Lernen ergeben sich zahlreiche Möglichkeiten zu Gesprächen, um so Vorurteile abzubauen, Mauern in den Köpfen einzureißen, Grenzen zu überwinden, Vertrauen aufzubauen und damit zu helfen, die innere Einheit zu vollziehen.

---

## V. Anforderungen an das Land und an die Politik

---

All diese Ausführungen zur Situation und zu neuen Formen und Methoden der politischen Bildungsarbeit in den neuen Ländern würden reine Theorie bleiben, wenn nicht hinter allem der konkrete Auftrag der jeweiligen Landesregierung an die betreffende Landeszentrale stände. Aber daraus ergeben sich natürlich andererseits auch Forderungen an das Land bzw. an die Politik, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine konstruktive und effektive politische Bildungsarbeit ermöglichen. Da ist in erster Linie an die entsprechende Ausstattung mit Sachmitteln zu denken, deren Wichtigkeit und Einfluß auf die Bildungsarbeit bereits mehrfach angesprochen wurde. Auch wenn die neuen Länder in ihren Haushaltsmitteln sehr begrenzt sind, darf deswegen politische Bildungsarbeit nicht so abqualifiziert werden, daß z. B. die Landeszentrale zu einer Abteilung einer Lehrerbildungseinrichtung wird (siehe Saarland) und so mit Sicherheit ihrem eigentlichen Auftrag nicht mehr gerecht werden kann.

Von gleicher Bedeutung wie die Ausstattung mit den Sachmitteln ist die personelle Besetzung. Auch hier müssen die politisch Verantwortlichen bei ihren Entscheidungen genau abwägen, wo die unterste Grenze ist, wer unter welchen Voraussetzungen eine Tätigkeit in der Landeszentrale aufzunehmen in der Lage ist. Hier sollten die o. g. Aspekte der Akzeptanz politischer Bildung nicht außer acht gelassen werden.

Neben der materiellen und personellen Ausstattung der Landeszentralen ist von entscheidender Bedeutung, welche gesetzlichen Grundlagen durch die jeweilige Landesregierung geschaffen werden, die eine pluralistische Bildungslandschaft auch in den neuen Ländern ermöglichen. Denn eine Landeszentrale für politische Bildung wird es allein nie schaffen, den Bedarf an politischer Bildung zu decken; dies erfordert in jedem Fall die Koopera-

tion mit den freien Bildungsträgern, wie z. B. mit den Volkshochschulen, den Bildungswerken der Kirchen, der Gewerkschaften u. a.

Zumal bei einer nicht-zielgruppenorientierten Bildungsarbeit bedarf es also einer „Stammkundschaft“, die sich die Landeszentralen in den neuen Bundesländern erst einmal schaffen müssen, wofür eine gut funktionierende eigene Organisationsstruktur notwendig ist. Es wird jedem verständlich sein, daß dies eine gewisse Zeit erfordert und wachsen muß.

---

## VI. Aufgaben der politischen Bildung – Ausblick

---

Die bisherigen Erfahrungen und vorläufige Analysen zeigen den hohen Stellenwert der politischen Bildung in den neuen Bundesländern als ihren Beitrag und ihre Aufgabe zur Wandlung und Integration der Menschen durch ein neues Denken. So wichtig dabei die Beseitigung von Informationsdefiziten ist – entscheidender scheinen die fünf folgenden Punkte zu sein, die die politische Bildung in nächster Zeit zu berücksichtigen hat und aufgreifen muß:

1. Die Überwindung traumatischer Phänomene als „Altlast“ eines totalitären Denkens.
2. Den Abbau äußerer und innerer Politikdistanz sowie von „Schwellenangst“ vor politischem Engagement.
3. Politische Bildung muß den Dialog und die persönliche Begegnung mit Politik ermöglichen, um durch „Politik zum Anfassen“ die Mentalität einer öffentlichkeitsfernen Nischengesellschaft zu überwinden.
4. Politische Bildung muß den Menschen das Entstehen sowohl positiver als auch negativer politischer Lebenserfahrung ermöglichen. Dabei sollte politische Bildung Hilfe bei der Wiedergewinnung von Identität leisten und nicht durch präformierte Verhaltensweisen bevormunden.
5. Unsere Arbeit hat dazu beizutragen, den Menschen als Bürger einer demokratischen Gesellschaft zur bewußten Auseinandersetzung mit der für sie ungewohnten Pluralität zu befähigen und zugleich in diesem ungewohnten Prozeß Mut zu machen.

## **Birgit Meyer: „Die ‚unpolitische‘ Frau. Politische Partizipation von Frauen oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25–26/92, S. 3–18

Trotz zunehmender politischer Präsenz und Partizipation von Frauen in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen wird diese Tatsache von der „zuständigen“ Politikwissenschaft systematisch vernachlässigt. Dabei existieren bereits auf den ersten Blick bemerkenswerte Unterschiede im politischen Verhalten zwischen Männern und Frauen sowohl in der Partizipation als auch in der Thematisierung dessen, was als „politisch“ anzusehen ist: Sind Frauen weniger an Politik interessiert als Männer? Was verstehen Frauen unter Politik? Welche Assoziationen haben sie, wenn sie nach ihrem politischen Interesse, nach ihrem politischen Engagement, ihrem Wahlverhalten befragt werden?

In der traditionellen Partizipationsforschung werden die Themen: Frauen in der Politik, ihr politisches Engagement, ihre Bedeutung und ihr Einfluß innerhalb von politischen Institutionen, ihre geringe numerische Repräsentanz, die möglichen Ursachen für ihre politische Randstellung sowie die Auswirkungen auf das gesamte politische System immer noch als Fragestellungen behandelt, die selten systematisch theoretisch oder empirisch untersucht werden. Darüber hinaus thematisieren die Studien, die das Geschlecht als soziale Kategorie ernst nehmen, häufig die Defizitanteile von Frauen selbst. Z. B. hätten Frauen ein spezifisch „weibliches Defizit an politischem Interesse“. Hier wird ein Begriff von politischem Interesse bzw. Desinteresse übernommen, der einem verengten Verständnis von Politik entspricht.

Die neue Frauenbewegung hat daher u. a. den traditionellen Politikbegriff kritisiert, da er die Arbeit und das Leben von Frauen nur unzureichend erfaßt. Herkömmlich werde unter Politik bloß das verstanden, was in der Öffentlichkeit seinen ihm zugewiesenen Platz habe. Eine solches Verständnis setze – so die Kritik – die Trennung und die unterschiedliche Bewertung der Bereiche Öffentlichkeit und Privatheit weiter fort. Frauenforscherinnen reklamieren demgegenüber ein Politikverständnis, das die Bedeutung der Interdependenz von Reproduktion und gesamtgesellschaftlicher Produktion ernst nimmt.

Darüber hinaus wurde das theoretische Konzept eines tendenziell „weiblichen“ bzw. „männlichen“ Umgangs mit Politik entworfen. Hier fanden die Thesen der historisch entstandenen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der damit zusammengehenden „Polarisierung der Geschlechtscharaktere“ sowie die amerikanischen sozialpsychologischen Forschungen zur Reproduktion von Geschlechteridentitäten große Beachtung.

Bei der Kontroverse um eine Geschlechterspezifität von moralischen Urteilen und Einstellungen der amerikanischen Psychologinnen Nancy Chodorow, Dorothy Dinnerstein und vor allem Carol Gilligan ging es u. a. um die Frage, ob Frauen *qua* *Geschlecht* andere moralische Kategorien ihrem Handeln zugrunde legen würden, und wenn ja, inwiefern. Das Fazit sei wie folgt zusammengefaßt: Das Verständnis, das Frauen in unserem Kulturkreis von Politik mehrheitlich äußern, ist geprägt durch ihre spezifischen Interessen und Lebenslagen sowie durch ihre doppelte Orientierung auf die beiden Zuständigkeitsbereiche Produktion und Reproduktion. Frauen machen die Erfahrung, als „Grenzgängerinnen“ zwischen gesellschaftlich getrennten Lebensbereichen der Dynamik der wechselseitigen Abhängigkeiten besonders ausgesetzt zu sein.

Die Politikwissenschaft sollte versuchen, das „andere“ Politikverständnis von Frauen stärker herauszukristallisieren und empirisch dingfest zu machen (u. U. auch bei Männern), weil dieses – wie Rossana Rossanda formulierte – „womöglich den Keim sowohl einer Krise der traditionellen Politik als auch einer Kritik, die eine andere Politik einleiten könnte“, in sich trägt.

## **Helga Kutz-Bauer: Was heißt frauenspezifisches Lernen und Handeln? Politische Bildung als Männerdiskurs und Männerdomäne**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25-26/92, S. 19-31

Daß Politik von Männern dominiert wird, ist eine Tatsache, die dadurch nicht in Frage gestellt ist, daß über offizielle und informelle Quotierungen inzwischen mehr Frauen in den Parlamenten vertreten sind als noch vor wenigen Jahren. Daß es allerdings in der politischen Bildung noch viel schlechter um die Berücksichtigung oder gar Beteiligung von Frauen bestellt ist als in der Politik, ist offenbar nicht einmal im öffentlichen Bewußtsein präsent. Dafür gibt es aber eine Reihe struktureller Ursachen.

Planstellen und Zugang zu Publikationsmitteln sind fest in Männerhand; die Universitätswissenschaft von der Politik und die wissenschaftliche Politikdidaktik auch. Da politische Bildung mit den Stiftungen der männerdominierten Parteien institutionell verknüpft ist, politische Gremien (in denen wiederum die Männer dominieren) ein entscheidendes Mitspracherecht bei der Stellenbesetzung haben, ist die soziale Machtposition der Männer in der politischen Bildung bestens abgesichert.

Diese Macht- und Entscheidungsposition gibt ihnen die Möglichkeit, aus Männerperspektive zu definieren, was politische Bildung ist, welche Themen wichtig sind und mit welchen Methoden gearbeitet werden soll. Die Denkweise und das Lernverhalten von Frauen sind aber weitgehend anders orientiert als bei den Männern. So wird Frauen, wenn sie an Veranstaltungen der politischen Bildung teilnehmen, etwas Fremdes und schwer Zugängliches aufgenötigt; ihre Interessen werden somit weitgehend vernachlässigt.

Wie diese Mechanismen funktionieren und welche Ansätze es gibt, frauenspezifische Strukturen und Angebote zu schaffen, wird ebenso dargelegt wie auch Hinweise gegeben werden, welche positiven Effekte für Männer aus solchen Veränderungen erkennbar sind. Noch steht dem aber ein patriarchalisches Politikverständnis entgegen, das immer dort besonders deutlich wird, wo in den Medien der politischen Publizistik die sogenannten großen Themen definiert werden. Dieses Politikverständnis ist im Kern traditionalistisch, in Fragen gesellschaftlichen Wandels unbeweglich und in der Frauenfrage inkompetent.

## **Bernd Lüdkemeier/Michael Siegel: Zur Situation der politischen Bildung in den neuen Bundesländern**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25-26/92, S. 32-38

Nach etwa einem Jahr politischer Bildungsarbeit der Landeszentralen für politische Bildung in den neuen Bundesländern läßt sich eine erste Bilanz ziehen, wo die Probleme mit der Akzeptanz politischer Bildung in diesen Ländern liegen. Zunächst muß man positiv feststellen, daß alle neuen Länder trotz ihrer finanziellen Schwierigkeiten die Landeszentralen für politische Bildung eingerichtet und auch mit Sachmitteln ausgestattet haben. Dies zeigt sowohl den Stellenwert, den diese Länder der politischen Bildung zumessen, als auch den Beitrag, den das jeweilige Bundesland zur Entwicklung des freiheitlichen demokratischen Bewußtseins seiner Bevölkerung leistet.

40 Jahre sozialistische Agitation und Propaganda haben die politische Bildung in Form des früheren Staatsbürgerkundeunterrichts diskreditiert, und die daraus resultierende Hemmschwelle im Bewußtsein der Bürger muß immer wieder überwunden werden. Die Arbeit der Landeszentralen erfolgt parteienunabhängig und -übergreifend und ist nicht Indoktrination eines Systems.

Wenn auch – durch die wirtschaftliche Situation bedingt – in den neuen Ländern derzeit der Schwerpunkt auf berufliche Fortbildung gelegt wird, so gibt es andererseits eine Reihe von Zielgruppen, die die Angebote der Landeszentralen mit großem Interesse annehmen: Lehrer, Verantwortungsträger im öffentlichen Dienst, Angehörige der Bundeswehr, Journalisten u. a.

Als gemeinsame Erfahrung bleibt vor allem eines festzustellen: Das Wichtigste bei allen Maßnahmen politischer Bildung ist, daß sich die Menschen begegnen, miteinander sprechen, Vorurteile abbauen, Grenzen überwinden und Vertrauen in die Zukunft gewinnen.